

Patrick Hartmann, Alexander Vogt, Tassilo Wanner

Zwischen Wahlkampf und Regierungsverantwortung

Die Rolle der Koalitionsverhandlungen im Prozess
der Machtwechsel 1983, 1998 und 2005

Inszenierung und Management von Machtwechseln in Deutschland 01/2008

Inhaltsverzeichnis:

I.	Die Bedeutung von Koalitionsverhandlungen im Verlauf von Machtwechseln	3
II.	Ein Vergleich der Ausgangssituationen	5
III.	Der Verhandlungsprozess als Scharnier zwischen Wahlkampf und Regierungsarbeit.....	10
1.	Ziele: Interessen und Strategien	10
2.	Prozesse: Konflikt und Konsens.....	17
3.	Resultate: Ämterbesetzung und Programm	23
IV.	Ergebnis: Machtverteilung und Identitätsbildung.....	31
	Literatur:	35
	Endnoten:	38

I. Die Bedeutung von Koalitionsverhandlungen im Verlauf von Machtwechseln

„Ich sage ihnen: Ich führe Gespräche. Und ich sage ihnen heute voraus: Die werden erfolgreich sein.“¹ Bereits wenige Stunden nach der Schließung der Wahllokale am 18. September 2005 ließ diese Aussage des in der Bundestagswahl knapp unterlegenen Bundeskanzlers Gerhard Schröder erahnen, welche Brisanz und welche Intensität die folgenden Koalitionsverhandlungen erreichen sollten. Auch geht aus diesem Zitat hervor, welche bedeutende Rolle formale und inszenatorische Fragen und Aspekte der politischen Führung in diesen Koalitionsverhandlungen, die schließlich die längsten der bundesrepublikanischen Geschichte wurden, von Beginn an einnahmen.

Im Rahmen von Machtwechseln erfüllen Sondierungs- und Koalitionsgespräche eine Mehrfachfunktion: Durch vielfältige Inszenierungsversuche während der Regierungsbildung werden nicht nur Öffentlichkeit und Politikbetrieb mit der neuen Koalition vertraut gemacht, sondern auch das Machtverhältnis zwischen den Koalitionären ausgelotet. Auf der anderen Seite bietet die inhaltliche Arbeit eine Gelegenheit für die angehenden Partner, nach möglicherweise gegeneinander geführten Wahlkämpfen neues Vertrauen aufzubauen und darüber hinaus die Koalition als solche zu schmieden. Dabei muss insbesondere um Kompromisse bezüglich gemeinsam vertretbarer Politikinhalt wie auch zu klärender Personalfragen gerungen werden, wodurch Koalitionsverhandlungen im Dreiklang des Machtwechsels von Wahlprogramm, Koalitionsvertrag und Regierungserklärung eine Schlüsselrolle zukommt. Hier werden die im Wahlkampf relativ frei und zum Teil von den nun kooperierenden Parteien konträr formulierten Ziele und Vorhaben in eine Form gebracht, welche letztendlich als gemeinsame Haltung der Regierung dienen können muss. In diesem Sinne nehmen Koalitionsverhandlungen eine Scharnierfunktion zwischen der Rhetorik des Wahlkampfes und der Praxis des Regierungshandelns ein. Gleichzeitig geben sie bereits erste Hinweise auf das Verhältnis und den Umgang der Partner während der folgenden Regierungszeit. Denn obwohl die angehenden Koalitionäre mit der Bildung einer neuen Regierung ein gemeinsames Ziel vor Augen haben, bleibt die Phase zwischen der Bundestagswahl und der Wahl des Bundeskanzlers nie konfliktfrei. Vielmehr versuchen die beteiligten Parteien jeweils, eine Basis dafür zu schaffen, möglichst viele der für die folgende Legislaturperiode zu erwartenden Erfolge der Koalition für sich zu verbuchen, die Verantwortung für Misserfolge aber dem

Regierungspartner zuweisen zu können. Die Beantwortung der Frage, wie wörtlich die beteiligten Parteien den Begriff der ‚Koalition‘, dessen lateinischer Ursprung ‚coalescere‘ mit ‚zusammenwachsen‘ übersetzt werden kann, auffassen, wie hoch also ihre Bereitschaft ist, sich im politischen Geschäft – auch vor dem Hintergrund bevorstehender Wahlen – als eine Kraft mit gemeinsamen Stärken und Schwächen zu präsentieren, bildet also einen Kernpunkt für eine aussagekräftige Analyse der Qualität eines Regierungsbündnisses.

Insbesondere seit der Entstehung junger Demokratien in Mittel- und Osteuropa widmet sich die Koalitionsforschung vor allem länderübergreifenden Vergleichen (Müller/Strøm 2003; Kropp/Schüttemeyer/Sturm 2002). Auch Fragen der Stabilität und Leistungsfähigkeit von Koalitionsregierungen sowie institutionelle und verhandlungstheoretische Aspekte (De Winter 2002: 177 ff., 185 ff.) erfahren wachsende Aufmerksamkeit. Währenddessen geriet die Untersuchung von Koalitionsbildungen, die in den 1960er-Jahren noch einen wesentlichen Ausgangspunkt der Koalitionsforschung gebildet hatte, in den Hintergrund (Kropp 1999: 46). Somit wurde die Funktion von Koalitionsverhandlungen für den Vollzug von Machtwechseln in der Literatur bisher nur indirekt berücksichtigt. Hinzu kommt, dass vergleichende Untersuchungen von Koalitionsbildungen ein ganzes Bündel von Herausforderungen zu bewältigen haben. So sind nicht nur in jedem Staat vor dem Hintergrund des jeweiligen politischen Systems spezifische Voraussetzungen zu beachten; die Komplexität und häufig sogar die Geheimhaltung der dabei wesentlichen Prozesse stellen bei der Bildung allgemein anwendbarer Modelle ein nur schwer überwindbares Hindernis dar. So sind beispielsweise vor dem Hintergrund der vielfältigen Interessenlagen und parteiinternen Gruppierungen bereits die beteiligten Akteure nur vereinfacht abzubilden. Nicht von ungefähr stützen sich einige Analysen primär auf die Presseberichterstattung, während andere von beteiligten Akteuren erstellt wurden (Schreckenberger 1994). Daher liegen bisher nur wenige komparative Untersuchungen von Regierungsbildungen in einem diachronen Längsschnitt vor. (Dexheimer 1973; Kropp/Sturm 1998; Stüwe 2006). Diese beiden Defizite – die ausgebliebene Analyse der Rolle von Koalitionsverhandlungen für Machtwechsel sowie den fehlenden temporalen Vergleich verschiedener Verhandlungsprozesse, die zur Bildung von Bundesregierungen geführt haben – soll vorliegende Studie beheben.

Dazu wird auf die Koalitionsverhandlungen im Prozess der Machtwechsel von 1982/83, 1998 und 2005 eingegangen, wobei der erste Fall auf die Gespräche in Folge der Bundestagswahl vom 6. März 1983 reduziert wird. Damit werden hier nur die drei Fälle untersucht, in denen das Wahlvolk als Souverän den Machtwechsel direkt herbeiführte beziehungsweise bestätigte, indem es die in der vorangegangenen Bundestagswahl gewählte Regierung mit keiner neuen Mehrheit ausstattete. Ziel der Untersuchung wird es dabei sein, die Verhandlungsprozesse vor dem Hintergrund der stark divergierenden Ausgangssituationen zu vergleichen, also zu untersuchen, welche Funktion, was für einen Charakter und eine wie weit reichende Gestaltungsmacht die Koalitionsverhandlungen im Zusammenhang mit der ‚geistig-moralischen Wende‘ 1982/1983, dem Start des ‚rot-grünen Projekts‘ 1998 und des Vollzugs der ‚Zwangsheirat‘ von 2005 hatten. Dazu soll nach einer Gegenüberstellung der Ausgangssituationen der untersuchten Verhandlungsrunden insbesondere auf die Prozesse der jeweiligen Koalitionsverhandlungen eingegangen werden, wobei die Kategorien ‚Interessen und Strategien‘, ‚Konflikt und Konsens‘ sowie ‚Ämterbesetzung und Programm‘ als Analysezugänge dienen sollen, anhand derer entscheidende Dimensionen der drei Koalitionsverhandlungen ohne Verzicht auf empirische Genauigkeit verglichen werden können.

II. Ein Vergleich der Ausgangssituationen

Auch wenn die drei hier betrachteten Machtwechsel im gleichen parlamentarischen System vollzogen wurden, ist ein genauerer Blick auf die unterschiedlichen Ausgangssituationen der jeweiligen Regierungsbildungen für das Verständnis dieser Prozesse hilfreich. Daher sollen an dieser Stelle die Faktoren, vor deren Hintergrund die jeweiligen Koalitionsverhandlungen stattfanden und die – man denke nur an die Wahlergebnisse und die daraus resultierenden Bündnisoptionen – die Verhandlungspositionen der betroffenen Parteien und Akteure bestimmten, knapp dargelegt werden.

Sowohl die außerplanmäßige Bundestagswahl von 1983 als auch der Urnengang im September 2005 resultierten aus einem längeren Prozess der Machterosion der je vorangegangenen Bundesregierung, der sich in beiden Fällen zusätzlich durch innerparteiliche Unstimmigkeiten in der SPD zwischen Parteibasis und Parteispitze äußerte und intensivierte. Im Gegensatz zum Fall der rot-grünen Regierung, deren

Niedergang vor allem durch eine Reihe von schweren Landtagswahlniederlagen der sie tragenden Parteien hervorgerufen wurde – zuletzt in Nordrhein-Westfalen, der „Herzkammer der Sozialdemokratie“ (Rattinger/Juhasz 2006: 5), die der Bundestagsopposition sogar eine Zweidrittelmehrheit und damit weitreichende Blockademöglichkeit im Bundesrat verschaffte –, war für die Schwächung der Regierung Schmidt die Umorientierung der FDP-Führung in Richtung der Union für den Machtwechsel ausschlaggebend. Bundeskanzler Helmut Schmidt vermochte es nicht, SPD und FDP wieder auf einen einheitlichen Kurs zu bringen und war – insbesondere aufgrund des Konflikts in der Nachrüstungsdebatte – auch gegenüber seiner eigenen Parteibasis zunehmend isoliert. Die haushalts- und wirtschaftspolitischen Differenzen, welche von der Spitze der FDP aktiv forciert wurden, führten schließlich zum Bruch der Koalition durch den geschlossenen Rücktritt der liberalen Minister, aufgrund dessen die SPD ab dem 17. September 1982 nur noch eine Minderheitsregierung stellen konnte (Zierold 2004: 93 ff.). Nach neuntägigen Vorgesprächen zwischen CDU, CSU und FDP ging Helmut Kohl aus dem konstruktiven Misstrauensvotum vom 1. Oktober 1982² als neuer Bundeskanzler hervor.

Die ‚Unechten‘ Vertrauensfragen der Bundeskanzler Helmut Kohl und Gerhard Schröder wurden am 17. Dezember 1982 ebenso wie am 1. Juli 2005 vom Bundestag auf Wunsch der Regierungschefs negativ beschieden. In beiden Fällen war der Weg zu vorzeitigen Neuwahlen umstritten; jeweils wurde in der Folge das Bundesverfassungsgericht angerufen. Während Kohl argumentierte, seine Kanzlerschaft und den Koalitionswechsel der Liberalen so legitimieren lassen zu wollen, begründete Schröder seinen Wunsch nach Neuwahlen mit innerparteilichen Widerständen gegen seine Reformpolitik, denen er schon am 6. Februar 2004 Rechnung getragen hatte, indem er seinen Rückzug vom Parteivorsitz zu Gunsten Franz Münteferings angekündigt hatte. Während des Wahlkampfes im Vorfeld des Urnengangs vom 18. September 2005, der durch Diskussionen über arbeitsmarkt-, gesundheits- und rentenpolitische Reformen geprägt war, wiesen alle Umfragen auf einen klaren Sieg einer christlich-liberalen Koalition unter der Führung der CDU-Kanzlerkandidatin Angela Merkel hin. Die haushaltspolitische Lage hatte im Wahlkampf eine solche Bedeutung gewonnen, dass die rot-grüne Regierung wider alle parlamentarischen Gepflogenheiten im September 2005 keinen Haushalt für das Folgejahr präsentierte. Aufgrund des überraschend starken Abschneidens der kleinen Bundestagsparteien waren im Herbst 2005 abgesehen von einer großen Koalition nur Bündnisse aus

mindestens drei Fraktionen im Stande, eine mehrheitsfähige Regierung zu bilden.³ Da Neuwahlen allgemein ausgeschlossen wurden, verfestigte sich die Patt-Situation. Neben rasch ausgeschlossenen Bündnisoptionen mit der Linkspartei.PDS verblieben als zusätzliche Möglichkeiten die sogenannte ‚Jamaika-Koalition‘ aus CDU, CSU, FDP und Grünen sowie eine ‚Ampel-Koalition‘ aus SPD, FDP und Grünen als Alternativen, wobei aber letztere bereits am Wahlabend seitens der FDP eine deutliche und öffentliche Absage erteilt wurde. Trotzdem sah sich der noch amtierende Bundeskanzler Schröder als Kandidat der stärksten im Bundestag vertretenen Partei legitimiert – das traditionelle Vorrecht der stärksten Bundestagsfraktion bestritt der gesamte SPD-Vorstand nach der Festlegung auf diese Sprachregelung am Tag nach der Wahl –, weiterhin im Amt zu bleiben. Auf dieser Grundlage begannen die Sozialdemokraten wie die Unionsspitzen Sondierungsgespräche mit den Bündnisgrünen; beide Gesprächsforen hatten allerdings nur wenige Tage Bestand.⁴ Vielmehr kristallisierte sich eine große Koalition als einzig realistischer Ausweg heraus: Drei Tage nach der Wahl begannen entsprechende, hart geführte Sondierungsgespräche. Hauptgegenstand waren dabei Personalfragen, wobei es vor allem um die Frage der Kanzlerschaft ging, da sich die SPD als mit der Union auf ‚gleicher Augenhöhe‘ begriff. Erst als die CDU als Sieger aus einer 14 Tage nach der Bundestagswahl abgehaltenen Nachwahl bezüglich des Direktmandats Dresden I hervorging, erklärte Schröder seinen Verzicht auf eine weitere Amtszeit zu Gunsten Merkels, die ihre Verhandlungsposition außerdem durch ihre vorläufige Wahl zur Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU, die einmütig ausgefallen war, stärken lassen hatte können. Die formellen Koalitionsverhandlungen konnten nach weiteren Abstimmungsrunden schließlich am 17. Oktober 2005 aufgenommen werden. Weitere Sitzungen dieses Hauptausschusses der Verhandlungen, in den beide Seiten je 16 Vertreter entsandten, sollten am 24., 27. und 31. Oktober sowie am 7. und 10. November stattfinden..⁵

Die Situation nach den Neuwahlen vom 6. März 1983 gestaltete sich dagegen deutlich übersichtlicher: So gingen die Unionsparteien trotz der Kontroverse um die Herbeiführung der Wahlen durch eine ‚unechte Vertrauensfrage‘ gestärkt, die FDP dagegen erwartungsgemäß geschwächt aus dem Urnengang hervor.⁶ Im 10. Deutschen Bundestag waren mit CDU/CSU, SPD, FDP und den Grünen vier Fraktionen vertreten. Das mit Abstand stärkste Lager bildeten die Unionsparteien, welche die absolute Mehrheit nur knapp verfehlt hatten. An eine große Koalition war nach dem konstruktiven Misstrauensvotum von 1982 und der anschließenden Deklaration einer

‚geistig-moralischen Wende‘ nicht zu denken. Die Grünen galten dagegen als Protestpartei und damit in weiten Kreisen als nicht regierungsfähig (Bohnsack 1983b: 486). Somit gab es keine realistische Alternative zur Fortsetzung der zu diesem Zeitpunkt bereits seit einem halben Jahr andauernden Zusammenarbeit von CDU, CSU und FPD, wodurch sich trotz der erlittenen Stimmenverluste eine relativ starke Verhandlungsposition der Liberalen ergab. Auf Grundlage der schon 1982 ausgehandelten Kompromisse ergab sich zwischen den Partnern rasch Einigkeit über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen. Trotzdem gingen den offiziellen Koalitionsgesprächen mehrtägige informelle Abstimmungen voran, die sich keineswegs so einfach gestalteten, wie noch im Vorjahr, als die Liberalen, um den Koalitionswechsel zu realisieren, zu deutlich mehr Kompromissen bereit gewesen waren. So gab es bereits im Vorfeld Auseinandersetzungen zwischen Union und FDP über Fragen der Innen- und Rechtspolitik sowie über die Rückzahlung der Investitionsanleihe, hinsichtlich derer sich die FDP inhaltlich vor allem gegen die CDU durchsetzen konnte.⁷ Schwieriger als die diesbezügliche Übereinkunft gestalteten sich allerdings die unionsinternen Vorgespräche zwischen Kohl und dem bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß (Bohnsack 1983b: 477). Daher nahmen Kohl, Finanzminister Gerhard Stoltenberg, der Unionsfraktionsvorsitzende Alfred Dregger und Generalsekretär Heiner Geißler für die CDU sowie Strauß, Innenminister Friedrich Zimmermann, Landesgruppenchef Theo Waigel und Generalsekretär Edmund Stoiber auf Seiten der CSU ab dem 14. März 1983 zuerst Gespräche ohne liberale Beteiligung auf. Dabei ging es vornehmlich um Positionen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Im Mittelpunkt stand aber die Frage, welche Rolle Strauß im Kabinett Kohl spielen sollte.⁸ Dessen Forderung nach einer Möglichkeit zur Mitarbeit in der Regierung, die seiner und der Bedeutung seiner Partei entsprach, wurde bis zur Aufnahme der offiziellen Gespräche nicht erfüllt.⁹

Im Gegensatz zu diesen beiden Fällen wurde der Machtwechsel von 1998 durch eine reguläre Bundestagswahl herbeigeführt. Allgemein war nach 16 Jahren und aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Situation eine gewisse ‚Kohl-Müdigkeit‘ zu beobachten, während der SPD-Parteivorsitzende Oskar Lafontaine und Schröder als das Gespann der ‚Neuen Mitte‘ ein breites Wählerspektrum mobilisieren konnten. Letztendlich gewannen die Sozialdemokraten in der Bundestagswahl tatsächlich so stark hinzu, dass das vom Souverän erteilte Abwahlmandat und die Verliererrolle der Unionsparteien eine große Koalition unmöglich machten.¹⁰ Die FDP lehnte eine

Zusammenarbeit mit der SPD von sich aus ab; auch ein schwarz-gelb-grünes Bündnis war nicht gangbar. Da ein Bündnis der SPD mit der PDS rechnerisch knapp nicht ausreichte und außerdem von den Sozialdemokraten kategorisch ausgeschlossen worden war, verblieben Schröder die Bündnisgrünen als einziger potenzieller Partner; deren Wahlprogramm wies zudem die größte Kongruenz mit dem der Sozialdemokraten auf. Zudem bestanden bereits Kooperationen in Landesregierungen. Trotzdem wird die Position der Grünen nach der Wahl 1998 als schwach beurteilt, da zumindest theoretisch weitere Koalitionen vorstellbar waren und ihre Regierungsfähigkeit in Frage gestellt wurde (Bergmann 1999: 316). Insbesondere vor dem Hintergrund ihrer sich als schwach abzeichnenden Rolle in einer künftigen rot-grünen Koalition war ungewiss, inwiefern sie zur Verantwortungsübernahme in der Lage wären. Tatsächlich hielt es der grüne Spitzenkandidat Joschka Fischer bereits am Wahlabend für notwendig, an seine Partei zu appellieren, in den nächsten Jahren Geschlossenheit an den Tag zu legen.¹¹

Schon im Vorfeld hatte der designierte Bundeskanzler Schröder versprochen, dass die Verhandlungen „zügig, aber sorgfältig geführt werden sollten.“¹² So dauerte es nach der Bundestagswahl nur vier Tage, bis sich die beiden Delegationen am 1. Oktober 1998 in der saarländischen Landesvertretung in Bonn zu ersten Vorverhandlungen einfanden. Da die Grünen großen Wert auf eine gleiche Beteiligung von Frauen und Männern sowie der beiden Parteiflügel legten, vereinbarte man, dass jede Partei mit vier Delegierten an den Vorgesprächen teilnahm. Die achtköpfige Runde bestand aus Lafontaine, Schröder, dem SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Rudolf Scharping und dem Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering sowie auf grüner Seite aus den Parteisprechern Gunda Röstel und Jürgen Trittin sowie ihren Fraktionsprechern Fischer und Kerstin Müller. In diesem Kreis wurde die Anzahl der Teilnehmer an den Verhandlungsrunden, die Reihenfolge der zu behandelnden Gegenstände sowie Verfahrensweisen zum Umgang mit der Presse festgelegt, Personalfragen wurden hingegen demonstrativ ausgeklammert.¹³ Gerhard Schröder sollte am 27. Oktober 1998 zum Bundeskanzler gewählt werden, weshalb die Ergebnisse der Verhandlungen am 23. und 25. Oktober 1998 von Sonderparteitagen der Grünen beziehungsweise der SPD bestätigt werden sollten. Der Terminplan war auf sechs inhaltliche Sitzungen sowie eine zweitägige Schlussitzung ausgelegt, welche am 7., 8., 11., 12., 14. und 16. Oktober 1998 stattfanden und das verlängerte Wochenende vom 17. bis zum 19. Oktober 1998 umfassten.¹⁴

III. Der Verhandlungsprozess als Scharnier zwischen Wahlkampf und Regierungsarbeit

1. Ziele: Interessen und Strategien

In Koalitionsverhandlungen unternehmen die angehenden Regierungsparteien den Versuch, jeweils möglichst viele ihrer im Wahlkampf artikulierten Ziele in den Koalitionsvertrag einzubringen und gleichzeitig die strukturelle und personelle Zusammensetzung der Koalition zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Zwar werden entsprechende Vereinbarungen informell ausgehandelt und sind rechtlich nicht bindend (Weber 1967: 79 ff.). Trotzdem bestimmen sie den künftigen Kurs einer Regierung sowie die Handlungsspielräume der beteiligten Akteure maßgeblich, wodurch sie eine prägende Wirkung auf die Funktionsfähigkeit der neuen Koalition ausüben. Darüber hinaus schafft der dafür notwendige Aushandlungsprozess Vertrauen und Berechenbarkeit zwischen den neuen Partnern, während die schriftliche Fixierung von Personalentscheidungen, Sachpolitiken und Entscheidungsverfahren das Konfliktpotenzial innerhalb des neuen Bündnisses reduziert (Saalfeld 2007a: 191). Im Folgenden soll untersucht werden, von welchen vorrangigen Interessen die Akteure in dieser wegweisenden Phase des Koalitionsbildungsprozesses geleitet werden und welche taktischen und strategischen Maßnahmen sie dabei zur Durchsetzung ihrer Ziele ergreifen.

Bis zur Aufnahme der Verhandlungen obliegt es den Akteuren, vor dem Hintergrund der gegebenen Umstände und Sachzwänge (Wahlergebnis, Koalitionsoptionen, Divergenz der Wahlprogramme, personelle Ressourcen, institutionelle Gegebenheiten, innerparteiliche und öffentliche Erwartungen etc.) ihre jeweiligen Verhandlungsspielräume zu maximieren. So erklären sich etwa die überzogenen und öffentlich proklamierten Forderungen von Strauß nach einem bereits an die Liberalen vergebenen Schlüsselressort im Jahr 1983, der vom Wähler schwach mandatierten Grünen nach einem vierten Bundesministerium 1998 oder das Festhalten Schröders an der Kanzlerschaft trotz des schwächeren Abschneidens seiner Sozialdemokraten im Vergleich zur Union 2005. Insbesondere durch die Inszenierung potenzieller Konfliktszenarien erwirken also selbst unrealistische Postulate eine Verbesserung der Verhandlungsposition (Kropp 2001: 64). Trotz dieser teils harschen taktischen Vorstöße

sind sich die Akteure der Tatsache bewusst, dass nachhaltige Übereinkünfte nur durch für alle Seiten annehmbare Kompromisse erzielt werden können. Entscheidend für die dazu notwendige Einigungsbereitschaft der Koalitionäre und somit letztlich auch für die Bestandskraft einer Koalition ist jedoch, wie sie von den politischen Akteuren aufgefasst und angelegt wird. Verstehen diese das Bündnis – so geschehen in den Jahren 1983 und 1998 – als längerfristiges ‚Projekt‘, sind sie eher geneigt, Parteiinteressen im Konfliktfall zugunsten gemeinsamer Kompromisse zurückzustellen, da sie sich aus Erfolgen der Zusammenarbeit einen weiter reichenden Nutzen versprechen (Saalfeld 2007b: 230 ff.). In diesen Fällen kommt außerdem das eventuell bereits aufgebaute gegenseitige Vertrauen der Partner zum Tragen, das sich etwa aus bestehenden Kooperationen auf Landesebene, gemeinsamen Erfahrungen aus der Oppositionszeit oder programmatischen Übereinstimmungen speisen kann. Der Verhandlungsprozess kann dabei durch im Vorfeld der Wahl abgestimmte Programme sowie bereits informell skizzierte Koalitionsabsprachen deutlich erleichtert werden; nach Schüttemeyer wird der „erste Schritt zur Koalitionsbildung (...) in der Bundesrepublik“ sogar grundsätzlich „vor den Wahlen getan“ (Schüttemeyer 1999: 85).

Nach der Bundestagswahl 2005 begriffen Union und SPD ihre aufgrund von Sachzwängen unvermeidliche Zusammenarbeit dagegen nur als Bündnis auf Zeit. Die Tatsache, dass alle Schritte auf dem Weg zum Koalitionsvertrag in den Parteizentralen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die folgende Bundestagswahl geprüft wurden, reduzierte die Kompromissbereitschaft der Koalitionäre bereits während der Vorverhandlungen wesentlich; das erforderliche Dissensmanagement war dementsprechend komplex. Dass die Unterhändler für die Zukunft wenig Rücksicht auf die während der Verhandlungen viel beschworene ‚Koalitionsraison‘ erwarteten, lässt sich etwa daran ablesen, dass sich Union und SPD auf vielen Politikfeldern nur auf exakt terminierte und ausformulierte Politikvorhaben einigen konnten, was zu einer noch nie da gewesenen Länge des Koalitionsvertrags von rund 52.800 Wörtern führte (Stüwe 2006: 549). Die trotz allem herausragende Leistung, die noch kurz zuvor heftig rivalisierenden Parteien auf ein gemeinsames Regierungsprogramm zu verpflichten, ist zu einem Großteil auf die strategisch kluge Zurückhaltung des beteiligten Führungspersonals gegenüber der Öffentlichkeit zurückzuführen.

Merkel vermied ab dem Wahlabend offene Konfrontationen sowohl gegenüber dem angehenden Koalitionspartner als auch im eigenen Lager. Diese Strategie behielt sie

sogar bei, nachdem sie ihren Anspruch auf das Amt des Bundeskanzlers durchgesetzt hatte. So reagierte sie auf Angriffe aus Union und SPD – beispielsweise forderte die Junge Union ihren Rückzug vom Fraktionsvorsitz zu Gunsten ihres Widersachers Friedrich Merz,¹⁵ während Müntefering und Stoiber ihre künftige Richtlinienkompetenz in Frage stellten – nicht öffentlich; auch Interviewzusagen gab sie nur spärlich, wodurch es ihr gelang, sich über laufende Detaildiskussionen zu stellen. Allerdings agierte die designierte Bundeskanzlerin keineswegs konzeptlos. Bereits wenige Stunden nach Schließung der Wahllokale beschloss sie, das Risiko einzugehen, sich nur zwei Tage später als Bundestagsfraktionsvorsitzende zur Wahl zu stellen, obwohl sie dieses Amt längerfristig auszufüllen nicht plante. Der von ihr damit beabsichtigte Stabilisierungseffekt trat ein: Trotz des enttäuschenden Wahlergebnisses wurde sie mit nur drei Gegenstimmen und einer Zustimmungquote von 98,6 Prozent wiedergewählt.¹⁶ Dadurch konnte Merkel ihren ungeminderten Rückhalt durch die Fraktion sowie die Geschlossenheit der Union sowohl innerparteilich wie auch gegenüber der Öffentlichkeit eindrucksvoll unter Beweis stellen und dadurch ihren politischen Gegnern in entscheidender Weise Wind aus den Segeln nehmen. Außerdem band sie insgesamt sechs Ministerpräsidenten unter ihrer Führung in den Verhandlungsprozess ein, indem sie diese in die sechzehnköpfige Delegation der Union berief. Die gemeinsame Begegnung mit den SPD-Vertretern entfaltete sicherlich zusätzlich eine einigende Wirkung. Von den designierten Bundesministern der Union, die Merkel aufgrund ihrer Berufung ins künftige Kabinett ohnehin bereits verpflichtet gewesen und außerdem als Mitvorsitzende von Arbeitsgruppen jedenfalls in die Koalitionsverhandlungen einbezogen worden wären, berücksichtigte sie dagegen an dieser Stelle nur die Hälfte, während die SPD alle acht angehenden Ressortchefs, aber nur einen Ministerpräsidenten in die Verhandlungskommission entsandte (Thaysen 2006a: 475).

Im Gegensatz zu Merkel präsentierte sich Schröder 1998 schon vor Abschluss der Koalitionsverhandlungen häufig in der Öffentlichkeit: Neben regelmäßigen Pressekonferenzen nutzte er bereits zu diesem Zeitpunkt erste Auslandsreisen nach Paris und Washington zur Profilierung. Obwohl er Fischer an diesen Terminen partizipieren ließ, gab Schröder keinen Anlass, an seiner Führungsrolle sowie am Kräfteverhältnis zwischen den beiden Parteien innerhalb der künftigen Regierung zu zweifeln. Durch zahlreiche Medienauftritte schaffte er es, wichtige Sachfragen zu beeinflussen, noch bevor diese in den offiziellen Verhandlungsgremien thematisiert wurden. Damit gab er

nicht nur einen Vorgeschmack auf seinen künftigen Umgang mit dem grünen Koalitionspartner, sondern zielte auch darauf ab, seine innerparteilichen Widersacher in die Schranken zu weisen. Bündnis '90/Die Grünen vermochten vor dem Hintergrund dieser Strategie Schröders – dazu kamen ihr schwaches Abschneiden bei der Bundestagswahl sowie ihre fehlende Regierungserfahrung auf Bundesebene – nur wenig Einfluss auf sachpolitische Entscheidungen zu nehmen (Bergmann 1999: 325). Um ihrer Anhängerschaft trotzdem Erfolge vorweisen zu können, richteten die Grünen den Fokus ihrer Verhandlungsstrategie auf die Maximierung von Regierungsposten, deren Besetzung der Parteiführung als Mittel zur Befriedung der zahlreichen Parteiflügel und -gruppierungen diente. Aufgrund dessen gingen die Bündnisgrünen mit der bewusst hohen Forderung von vier Ministerposten in die Gespräche, wodurch zumindest auf diesem Feld Verhandlungsspielraum gewonnen werden konnte. Dabei stützten sie ihre Forderung insbesondere auf die nötige Einhaltung der Frauenquote. Als Reaktion wollte die SPD ihrem Partner nur zwei Ministerien zugestehen, um das Verhandlungsergebnis von drei Ministern vorzubereiten, und sprach zudem kühl von einem Zweckbündnis, um zu demonstrieren, dass die Grünen ersetzlich seien,¹⁷ was den ‚Projekt‘-Charakter der Koalition fraglich erscheinen lässt, den auch Egle und Zohnhöfer anzweifeln (2007). Tatsächlich konstatierten Beobachter schon bald nach der Wahl Schröders, dass der vermeintlich durch die rot-grüne Regierung vollzogene „Zeitenwechsel“ (Weidenfeld 1999: 60 ff.) in Wirklichkeit nicht nur politisch bedingt, sondern vielmehr auch auf verschiedenste andere, zum Teil langfristige Faktoren zurückzuführen war.

Während die Verteilung der Ressorts gewöhnlich zu Konflikten zwischen den angehenden Koalitionsparteien führt, löste dieser Vorgang 1998 insbesondere innerparteiliche Auseinandersetzungen bei SPD und Bündnis '90/Die Grünen aus. Im Blickpunkt der politischen Berichterstattung stand dabei vor allem das Ringen um die Macht zwischen dem designierten Bundeskanzler Schröder und dem Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine. Dessen Versuch, das ihm bereits zugewiesene Finanzministerium um die Verantwortlichkeiten für Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik und Konjunktur sowie Europaangelegenheiten zu erweitern und damit zu einem ‚Superministerium‘ nach angelsächsischen Vorbild auszubauen, stieß auf heftigen Widerstand seitens Schröders, aber auch des Koalitionspartners. Die grüne Personaldebatte dagegen war gezeichnet von ausgeprägten Kämpfen zwischen dem linken Flügel um Jürgen Trittin und den von Fischer geführten ‚Realos‘ (Bergmann 1999: 319 f.).

In der Phase der Ämtervergabe kommt dem angehenden Bundeskanzler traditionell eine besondere Rolle zu. Aufgrund seiner herausragenden Führungsverantwortung sowie seiner besonderen Legitimation in Folge zunehmend personalisierter Wahlkämpfe, bietet sich ihm die Möglichkeit, einerseits durch die Auswahl langjähriger Weggefährten loyale Mitstreiter in sein Umfeld zu berufen wie es Kohl mit der Auswahl seines Kanzleramtschefs Waldemar Schreckenberger getan hatte, andererseits aber auch politische Kontrahenten an die Richtlinienkompetenz zu binden wie im Falle Merkels und Seehofers. Auf diese Weise – alternativ verbleibt ihm die Möglichkeit, einzelnen Akteuren durch die gezielte Nichtberufung ins Kabinett den Sprung auf die bundespolitische Bühne zu verwehren – kann er die Basis seiner Machtposition innerhalb der Regierung und seiner Partei stärken. Demnach wurden in allen untersuchten Fällen die Ämter nicht nur nach Kompetenzen vergeben; vielmehr waren dabei auch Fragen des Geschlechter-, Herkunfts- und Proporz zwischen Parteiflügeln bedeutsam. Andererseits können unter dem Vorwand der Beachtung innerparteilicher Ausgewogenheiten umstrittene Personalentscheidungen leichter gerechtfertigt werden. So berief beispielsweise Schröder 1998 sowohl Franz Müntefering als auch Rudolf Scharping ins Kabinett, um Stimmen in der SPD, welche die Auswahl des einen beziehungsweise des anderen zum Fraktionsvorsitzenden gefordert hatten, zu befrieden. Personalvorschläge der jeweils anderen Partei kann der designierte Bundeskanzler kaum beeinflussen, da nach der Verteilung der Bundesministerien die Besetzung der Ministerposten den betroffenen Parteien zugestanden wird, weshalb die vorangehende Diskussion über den Ressortzuschnitt als der für das Verhältnis der Koalitionsparteien bedeutendere Aushandlungsprozess gewertet werden kann.

Im komplexen Geflecht der Koalitionsverhandlungen sind neben strategischen Rücksichtnahmen auf die betroffenen Parteien auch individuelle Kalküle relevant. So dominierten 1983 zum Teil persönliche Motive die Strategiebildung im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen, als Differenzen der drei starken Parteichefs Kohl, Strauß und Genscher zu Tage traten. Der CSU-Vorsitzende und ehemalige Unionskanzlerkandidat Strauß, der von Kohl bis kurz vor Abschluss des Verhandlungsprozesses ein seiner Bedeutung entsprechendes Amt forderte, wusste wohl, dass ein solches gar nicht mehr zur Verfügung stand. Dieses Vorgehen darf also vielmehr als Versuch gewertet werden persönlichen Machtansprüche durchzusetzen oder zumindest die Verhandlungsposition seiner Partei zu stärken. Kohl dagegen setzte darauf, Strauß als Vetospieler aus seiner

Regierung fernzuhalten und damit für mehr Stabilität zwischen den Koalitionspartnern zu sorgen. Sachpolitischen Fragen wohnte 1983 hingegen kaum Konfliktpotenzial inne, da die beteiligten Parteien aufgrund ihrer gemeinsamen Regierungsverantwortung bereits aufeinander abgestimmte Wahlkämpfe geführt hatten. Außerdem waren sich die Partner offensichtlich darüber bewusst, dass ihre Kooperation von längerer Dauer sein könnte. Daraus resultierte ihre besonders hohe Bereitschaft, Kompromisse einzugehen sowie im Koalitionsvertrag teils nur vage Formulierungen zu treffen, wodurch ihr Vertrauen zum Ausdruck kommt, selbst dann vom Koalitionspartner später nicht übervorteilt zu werden, wenn hinsichtlich eines bestimmten Politikvorhabens keine exakten Absprachen fixiert worden waren, auf die man sich in einem solchen Fall berufen hätte können.

Für das Selbstverständnis einer Koalition und den Grad der Kooperationsbereitschaft der beteiligten Partner spielt aber nicht nur die Schnittmenge ihrer politischen Standpunkte und Vorhaben, sondern auch die Einbindung der jeweiligen Parteibasen eine Rolle. Schließlich müssen die oft von den Parteiprogrammen abweichenden Kompromisse, welche von den Delegationen notwendigerweise ausgehandelt werden, die Zustimmung durch Parteitage und eine positive Aufnahme in den Fraktionen erhalten, weshalb parteiinterner Überzeugungsarbeit in Zeiten von Machtwechseln eine besondere Relevanz zukommt. Dabei wirkt ein starker Anpassungsdruck, aus dem nicht selten Unzufriedenheiten und Konflikte resultierten.

Nach einem halben Jahr Regierungstätigkeit waren 1983 die Auseinandersetzungen innerhalb der FDP, die in Folge der Abkehr von der SPD aufgetreten waren, bereits weitestgehend ausgestanden. Viele Vertreter des linken Parteiflügels hatten ihre hohen Positionen, wenn nicht sogar die Partei verlassen, während den verbliebenen Akteuren bewusst war, dass weitere innerparteilichen Konflikte die Arbeit erheblich erschweren würden. Zudem wurden die Verhandlungen vor allem seitens der CSU sehr hart geführt, was alle Parteien zu innerer Einigkeit zwang. Des Weiteren hatte die durch Kohl straff geführte CDU nach einer langen Phase der Oppositionsarbeit in erster Linie die Stabilisierung des Machtwechsels im Auge. 1998 wiederum waren die Grünen durch die beiden Parteiflügel der ‚Spontis‘ und der ‚Realos‘ sowie durch die strikte Frauenquote und die daraus resultierende Doppelbesetzung der Ämter gebunden. Entsprechend rang die Partei um die Zusammensetzung der Verhandlungsdelegation wie auch die Verteilung der Regierungsposten. Trotz der dabei entstandenen

Diskrepanzen und der Unzufriedenheit Einzelner über Politikinhalt wie zum Beispiel den Wehretat, wollte niemand die Katastrophe eines Verhandlungsabbruchs riskieren, was sich auch in der Annahme des Vertrages mit überwältigenden Mehrheiten auf den Parteitage der beiden Koalitionspartner zeigte.¹⁸ Im Vorfeld hatten aber auch die Sozialdemokraten mit parteiinternen Querelen zu kämpfen gehabt, die aber schließlich, wie ausgeführt, unter der Führung Schröders und vor dem Hintergrund des lang ersehnten Wechsels in die Regierungsverantwortung entschärft werden konnten. 2005 sorgte das bis zur Wahl Merkels zur Bundeskanzlerin labile Kräfteverhältnis zwischen der Bundespartei und den elf, zum Teil äußerst einflussreichen Unionsministerpräsidenten für ein erhebliches Konfliktpotenzial. Die Ministerpräsidenten Stoiber, Koch und Wulff, die an den Koalitionsverhandlungen beteiligt waren, beeinflussten die Taktik der Union wesentlich im Sinne parteiinterner Einflussgruppen. Nach dem endgültigen Rückzug Schröders oblag es in der SPD vor allem Müntefering, die ‚gleiche Augenhöhe‘ zwischen den Partnern zu postulieren, um den Sozialdemokraten eine stärkere Position zu verschaffen, was ihm zumindest bis zur vom linken Parteiflügel gegen seinen Willen durchgesetzten Wahl Andrea Nahles‘ zur SPD-Generalsekretärin gut gelang.¹⁹ Bezüglich der innerparteilichen Geschlossenheit lassen sich bei den hier untersuchten Machtwechseln keine Regelmäßigkeiten finden. Tendenziell aber hat die Übermacht der großen Koalitionspartner je die innerparteiliche Einigkeit der kleineren Parteien gefördert. Bei einem etwa gleich starken Partner scheinen die Flügel mehr Chancen zu sehen, auch ihre jeweiligen Ziele durchzusetzen.

Für die Profilbildung der an den Regierungsbildungen beteiligten Parteien ist ein weiterer genereller Aspekt von Bedeutung: So versuchen die Koalitionspartner, solche Ressorts mit Akteuren aus ihren Reihen zu besetzen, die für Politikfelder Relevanz haben, auf denen sich der Partei die Möglichkeit bietet, ihre Klientel durch entsprechende Politikvorhaben zu bedienen oder eine bereits bescheinigte Problemlösungskompetenz unter Beweis zu stellen. So beanspruchten die Liberalen 1983 zum wiederholten Male das Wirtschafts- wie das Außenministerium. 1998 wurde den Grünen das Umweltministerium unbestrittenermaßen zugesprochen, während die SPD ihren Schwerpunkt auf die Ressorts für Arbeit, Soziales und Finanzen legte. Auch 2005 waren die Sozialdemokraten in ihrem Anspruch auf das Ministerium für Arbeit und Soziales zu keinem Kompromiss bereit. Dagegen stellte vor dem Hintergrund von Merkels Initiative für eine ‚Neue Soziale Marktwirtschaft‘ das Wirtschaftsministerium eine besondere Präferenz der Union dar (Thaysen 2006b: 589). Außerdem besetzte die

CDU das Innenministerium, wohingegen die CSU das traditionell von ihr geleitete Haus für Entwicklung und Wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht erhielt.

2. Prozesse: Konflikt und Konsens

Bei der Untersuchung des Verhältnisses der Verhandlungspartner zueinander ist bezüglich der drei Fälle zuerst die Unterschiedlichkeit der jeweiligen Ausgangslagen zu beachten. Die wohl grundsätzlichsste Differenz, dass nämlich 1983 und 1998 jeweils Bündnisse mit den bevorzugten Partnern eingegangen werden konnten, während 2005 der Wähler eine ungewünschte Konstellation erzwang, ist dabei mitentscheidend für das Konfliktverhalten in der Phase der Koalitionsbildung. Unter Rückgriff auf die von Pappi, Herzog und Schmitt ermittelten Koalitionssignale der Parteien kann nachgewiesen werden, dass die Koalitionäre von 1983 bereits vor der Wahl am deutlichsten aufeinander fixiert waren, während das Verhältnis zwischen den Partnern von 1998 als fast ebenso eng gewertet werden kann (Pappi/Herzog/Schmitt 2006). Dies wird durch die kurze Zeit der Sondierungsgespräche von nur acht beziehungsweise zehn Tagen noch unterstrichen.²⁰ Die Verhandlungen selbst benötigten ungewöhnlich wenige Tage, was darauf zurückzuführen ist, dass die bereits ausgearbeiteten Programme des Kanzlerkandidaten Strauß von 1980 sowie die Koalitionsabsprachen vom Vorjahr als Grundlage dienten. Außerdem achtete Kohl aufgrund der besonderen Situation des vorangegangenen Koalitionswechsels der FDP besonders darauf, dass diese trotz des erwartungsgemäß niedrig ausgefallenen Wahlergebnisses ebenfalls Möglichkeiten zur Profilierung erhielt. Der Erfolg der Liberalen lag dabei vor allem darin, dass bei den Verhandlungen Ergebnisse zu FDP-relevanten Themen wie etwa der Außenpolitik gar nicht oder nur vage festgehalten wurden, wodurch sich ihr Spielräume für die Regierungszeit ergaben. Hierbei kam es allerdings immer wieder zu Konflikten zwischen FDP und CSU, obwohl sich letztere schon in den Verhandlungen inhaltlich stärker durchsetzen konnte (Bohnsack 1983b: 479). Nach der Bundestagswahl von 1998 hingegen hätten sich Teile der SPD auch eine große Koalition vorstellen können, welche jedoch auch von der Union abgelehnt wurde (Pappi/Herzog/Schmitt 2006). Trotzdem ließ Schröder die Grünen deutlich spüren, dass sie im neuen Bündnis nur der Juniorpartner waren. Diesem Verhalten konnten sich die Grünen nicht widersetzen, da sie – zumindest theoretisch leicht austauschbar – kaum über Druckpotenzial verfügten

(Bergmann 1999: 325). Diese Unterlegenheit schlug sich auch im Koalitionsvertrag nieder: Grüne Kernthemen wurden in das gemeinsame Dokument nur aufgenommen, wenn sie; wie im Falle des Atomausstiegs oder der ökologischen Steuerreform; auch der SPD-Position nahestanden. Andere Forderungen von Bündnis '90/Die Grünen wie zum Beispiel die nach einer Asylgesetzreform oder eine Aufweichung der Drogenpolitik waren für den kleinen Koalitionspartner gegen die übermächtigen Sozialdemokraten allerdings nicht durchzusetzen (Egle/Ostheim/Zohlhörer 2003: 12). Im Gegensatz dazu waren 2005 vor der Wahl die Programme der späteren Regierungsparteien so explizit auf andere Bündnisse ausgerichtet, dass den Akteuren eine Einigung auf die durch den Wähler erzwungene Koalition bei gleichzeitiger Wahrung der Glaubwürdigkeit außerordentlich schwer fiel. Daher bestand von vorneherein auch kein Zweifel an der Tatsache, dass diese Partnerschaft im Unterschied zu den 1983 und 1998 gebildeten Koalitionen nur auf eine Legislaturperiode angelegt war – die Begriffe ‚Lebensabschnittspartnerschaft‘ und ‚Zwangshe‘ machten die Runde. Deshalb versuchten die nahezu gleich starken Partner verbissen, die Vereinbarungen unter taktischen Gesichtspunkten bis in einzelne Details zu ihren Gunsten zu beeinflussen, woraus sich ein erhebliches Konfliktpotenzial und die Notwendigkeit langer wie zäher Verhandlungen ergaben. Allerdings konnten in einigen Punkten keine gemeinsamen Positionen gefunden werden, weshalb beispielsweise bezüglich des Atomausstiegs beschlossen wurde, den Status Quo beizubehalten. In anderen Fragen wie der nach der EU-Beitrittsperspektive der Türkei wurden Einigungen durch vage Formulierungen umgangen. Dagegen blieben Entscheidungen in Sachen Steuern und Finanzen, Arbeit und Soziales sowie Gesundheit länger aus. Dieser Umstand führte sogar dazu, dass gegen Ende Oktober 2005 erste Spannungen zwischen Union und SPD offen zu Tage traten. An dieser Stelle wurde von Seiten der CDU angeblich sogar mit einem Abbruch der Gespräche gedroht, was zweifellos der Erhöhung des Verhandlungspotenzials gedient hätte.²¹ Für die Fälle von 1983 und 1998 wird von keinem ähnlich ernsten Vorgang berichtet. Im Endeffekt wurden Konfliktthemen wie die Gesundheitspolitik unter Verweis auf weitere Verhandlungen im Verlauf der Legislaturperiode verschoben. Im Unterschied zur Koalitionsbildung von 1983, als die beteiligten Akteure keine Notwendigkeit erkannten, sich über jede Detailfrage schriftlich zu einigen, wurden 2005 alle Konflikte exakt markiert und zum Teil vertagt, wobei in diesen Fällen ein genauer Zeitplan für die zu erzielenden Einigungen festgelegt wurde.

Auch ein Blick auf die verschiedenen Verhandlungsmodi unterstreicht den bisher gewonnen Eindruck, dass sich die Partner 1983, 1998 und 2005 in unterschiedlich hohem Maße vertrauten. Im Fall der christlich-liberalen Koalition einigte sich das aus je vier Spitzenpolitikern der drei beteiligten Parteien bestehende Verhandlungsgremium²² unter der starken Führung Kohls (Stüwe 2006: 550) rasch auf die wesentlichen Politikinhalte. An den Koalitionsverhandlungen von SPD und Grünen hingegen waren bereits 14 beziehungsweise zwölf Unterhändler²³, denen Lafontaine vorsah, beteiligt. Die Partner der großen Koalition schickten allerdings mit 16, zwölf und vier Vertretern nochmals deutlich mehr Personal in die zusätzlich durch eine vierköpfige Steuerungsgruppe unterstützte Hauptverhandlungskommission²⁴, die außerdem von Merkel und Müntefering paritätisch geleitet wurde (Schüttemeyer 1999: 88). Unter Berücksichtigung der 16 thematischen Arbeitsgruppen, die jeweils ebenfalls zwischen Union und SPD paritätisch besetzt wurden, waren 2005 insgesamt mehr als 190 Personen an der Regierungsbildung beteiligt. 1998 war die vergleichbare Zahl der in den am 1. Oktober 1998 eingesetzten Arbeitsgruppen Innen- und Rechtspolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Umweltpolitik und Sozialpolitik beteiligten Akteure drei Mal geringer, während 1983 nur fallweise weitere Politiker oder Experten zu den Sitzungen der zwölf stimmberechtigten Teilnehmer hinzugezogen wurden (Bohnsack 1983b: 478). Zentrale Entscheidungen wie diejenige bezüglich einer Erhöhung der Mehrwertsteuer, mit der sich die SPD rasch arrangierte, sowie der von den Sozialdemokraten im Gegenzug geforderten ‚Reichensteuer‘ traf 2005 allerdings eine vertraulichere ‚Sechserunde‘, welche aus Merkel, Stoiber und Koch sowie Schröder, Müntefering und Steinbrück bestand; nachdem Müntefering seinen Kandidaten Karl-Josef Wasserhövel für den Posten des Generalsekretärs im Parteivorstand nicht hatte durchsetzen können und daraufhin seinen Rückzug vom Parteivorsitz angekündigt hatte, wurde diese Runde um seinen designierten Nachfolger Matthias Platzeck, ergänzt. Zwischendurch tagten die Arbeitsgruppen,²⁵ welche die Themenfelder der Fachressorts sowie zusätzlich Kultur, Föderalismus und Aufbau Ost arbeitsteilig behandelten. Dort versammelten sich je sechs Mitglieder pro Seite und berieten ab dem 20. Oktober 2005 etwa zwei Mal pro Woche unter doppeltem Vorsitz der designierten zuständigen Fachminister sowie eines Spitzenvertreters der jeweils anderen Partei über Detailfragen. Auch 1998 gab es eine kleine Runde, die – bestehend aus Schröder und Lafontaine sowie Fischer und Trittin – allerdings erst gegen Ende der Verhandlungen verstärkt zum Einsatz kam, nachdem sich die 26-köpfige Hauptverhandlungsrunde als ungeeignetes Forum zur Klärung zentraler strittiger Punkte erwiesen hatte. 1983 wurden

konflikträchtigere Themen ebenfalls von einer kleinen, sogar nur aus den Parteivorsitzenden bestehenden, Delegationen behandelt; der Zusammenhang zwischen Verhandlungsdauer und Delegationsgröße bestätigt sich also für alle drei untersuchten Machtwechsel nicht nur hinsichtlich der Zahl aller beteiligten Politiker, sondern auch bezüglich der Spitzengremien, deren Größe sich zwischen 1983 und 2005 verdoppelte, während die Verhandlungsdauer²⁶ von 16 über 21 auf 54 Tage ebenfalls kontinuierlich zunahm. Daraus lässt sich eine Tendenz ableiten, die der These von einer lediglich begrenzten Korrelation zwischen der Verhandlungsdauer und auftretenden Konflikten zuwider läuft (Rudzio 2002: 54). Ein weiterer Beleg für das von Fall zu Fall gesunkene gegenseitige Vertrauen resultiert aus der Tatsache, dass die kleinen Partner 1983 noch gleich starke Delegationen in die Hauptverhandlungsrunde entsenden konnten wie die CDU, während die Sozialdemokraten 1998 für ein zahlenmäßiges Übergewicht ihrer Vertreter sorgten und 2005 aufgrund des engen Stimmenvorsprungs der Union vor der SPD keine Möglichkeit für eine auch nur annähernd gleichberechtigte Einbindung der CSU bestand, zumal deren proportionale bundespolitische Bedeutung seit der Wiedervereinigung geschwunden war.

Von der traditionellen Vorgehensweise zur Findung von Bundesministern, nach der die Parteien zuerst die Verteilung der Ressorts auf die einzelnen Koalitionspartner aushandeln, bevor die errungenen Posten durch innerparteiliche Prozesse besetzt werden (Kropp/Sturm 1998: 39), wurde bei der Machtübernahme Kohls abgewichen: Sowohl 1982 als auch 1983 übten je Koalitionspartner mit der Ablehnung der Ministerkandidaten Baum (FDP) beziehungsweise Strauß von außen Einfluss auf innerparteiliche Personalentscheidungen aus. Für den Fall der großen Koalition wären solche Einmischungen aufgrund des gespannten Verhältnisses zwischen Union und SPD undenkbar gewesen. Um jede mögliche Diskussion im Keim zu ersticken, wurden – entgegen der üblichen und auch 1983 und 1998 formal befolgten Praxis, nach der die Ämterbesetzung auch zur Disziplinierung der Akteure so lange wie möglich offengehalten wird – alle 15 Ressorts bereits vor dem offiziellen Beginn der Koalitionsverhandlungen verteilt sowie ihre geplante Besetzung bekanntgegeben. Damit wurde die Autorität und Legitimation der designierten Minister gemehrt, was vor dem Hintergrund der als problematisch erwarteten Detailverhandlungen in den von ihnen mit geleiteten Arbeitsgruppen offensichtlich für nötig empfunden worden war. Weitere Posten wie die der Staatssekretäre oder die im historischen Vergleich zunehmend an Relevanz gewinnenden ‚Beauftragten der Bundesregierung‘ (Derlien 2001: 41 ff.)

blieben dagegen bis zum Abschluss der Gespräche unbesetzt, um die Regierungsfractionen bis nach der Wahl des Bundeskanzlers zu disziplinieren. Einzelne Ämterbesetzungen wurden auch 1983 und 1998 vorzeitig bekanntgegeben. So standen etwa die künftigen Kabinettsposten der Spitzenakteure Schröder, Lafontaine, Fischer und Trittin und damit ihr politisches Gewicht in den Verhandlungen schon nach den Sondierungsgesprächen fest. Zudem kristallisierten sich im Verlauf der Gespräche, etwa im Zusammenhang mit dem SPD-internen Konflikt um die Wahl des Fraktionsvorsitzenden, immer mehr designierte Bundesminister heraus. 1983 handelte es sich insofern um einen Sonderfall, als die meisten Minister bereits im Amt waren. Ein Blick auf die Verhandlungen im Rahmen der Machtübernahme im Vorjahr zeigt jedoch, dass die Besetzung der Ämter damals ebenfalls erst mit dem Abschluss der Vereinbarungen bekanntgemacht wurde (Bohnsack 1983a: 30).²⁷ Nur die Frage, ob Strauß in das Bundeskabinett aufgenommen werden würde, blieb 1983 bis zum Schluss offen. Seine letztendliche Entscheidung für einen Verbleib in Bayern fiel erst am 21. März 1983 während der offiziellen Koalitionsverhandlungen (Bohnsack 1983b: 478). Anhand der Ämterbesetzung lässt sich in den untersuchten Fällen die Tendenz ablesen, dass die Posten umso später vergeben wurden, je eher politische Gegnerschaften innerhalb einzelner Parteien auftraten. Zur Positionierung gegenüber einem starken Koalitionspartner ist jedoch das Gegenteil der Fall.

Der Wille zur optimalen Positionierung der beteiligten Parteien gegenüber den anderen Koalitionären findet auch in der Öffentlichkeitsarbeit während der Verhandlungen Niederschlag. Je diskreter dabei Details behandelt werden, desto geringer ist die Gefahr, durch nicht erreichte, möglicherweise überzogene öffentlich geäußerte Ziele einen Glaubwürdigkeitsverlust zu erleiden (Kropp 2001: 121). Im Gegensatz zu den anderen untersuchten Machtwechseln drangen 1983 nahezu nur Ergebnisse nach außen. Dieses Faktum ist nicht nur der Tatsache geschuldet, dass sich Kohl aus einem vertrauensvollen Aushandlungsprozess resultierende Vorteile versprach. Vielmehr erkannte er auch keine Notwendigkeit einer taktischen Inszenierung der Regierungsbildung. Als Ort der Koalitionsverhandlungen wurde vor allem aus praktischen Gründen das Bundeskanzleramt gewählt. Die regelmäßige Unterrichtung der Medien überließen die Parteivorsitzenden ihren Generalsekretären; nur in wenigen besonders bedeutenden Fällen meldeten sie sich selbst zu Wort.

Im Kontrast dazu war unter Schröder, der später unter anderem als ‚Medienkanzler‘ hervortreten sollte, der Umgang mit Pressevertretern bereits Gegenstand der

Vorverhandlungen. Dabei einigte man sich darauf, dass nach jeder Sitzung der Hauptverhandlungsrunde je ein Akteur von Seiten der SPD sowie Bündnis '90/Die Grünen gemeinsam vor die Kameras treten sollten. Dies waren zumeist Schröder und Fischer; als diese beiden zu ihren Antrittsbesuchen in Paris und Washington weilten, wurden sie durch Lafontaine und Trittin vertreten.²⁸ Diese Praxis unterstützt auch die Vermutung des faktischen Verhandlungsvorsitzes Schröders. Allerdings wurden speziell im Zusammenhang mit diesem Machtwechsel zahlreiche öffentliche Forderungen geäußert, welche die Verhandlungsdelegationen mehr und mehr unter Druck setzten. Als Treffpunkt bevorzugten die Koalitionäre von 1998 die nordrhein-westfälische Landesvertretung in Bonn.²⁹ Diese Wahl ist nicht nur unter historischen Gesichtspunkten – an selber Stelle hatten bereits die Koalitionsverhandlungen unter Brandt und Schmidt stattgefunden –, sondern ebenfalls als politische Brücke zu verstehen, weil in Düsseldorf zu diesem Zeitpunkt eine einflussreiche rot-grüne Landesregierung arbeitete. Da 2005 zahlreiche namhafte Politiker mindestens einen Mitvorsitz in einer der Arbeitsgruppen innehatten und die Medienaufmerksamkeit unter den veränderten Bedingungen der Berliner Republik im Vergleich zu den vorangegangenen Machtwechseln außerdem eklatant gestiegen war, wurden auch entsprechend viele Interviews gegeben, in denen nicht selten auch persönliche Einschätzungen geäußert wurden. Wie erwähnt setzte Angela Merkel hingegen darauf, sich zu Detailfragen nicht zu äußern, um die öffentliche Wahrnehmung auf den Koalitionsvertrag als Ganzes zu lenken. Zur Inszenierung der Gleichheit des politischen Gewichts der Partner entschied man sich dafür, abwechselnd in den Parteizentralen im Willy-Brandt- beziehungsweise Konrad-Adenauer-Haus zu tagen.³⁰

Interessanterweise stand das persönliche Vertrauensverhältnis der Spitzenpolitiker in den jeweiligen Koalitionsverhandlungen teilweise im Gegensatz zu den offiziellen Haltungen der Parteien zueinander. Dass etwa die Gespräche von 2005 weder an Münteferings Rückzug vom SPD-Parteivorsitz noch am darauf folgenden Verzicht Stoibers auf einen Kabinettsposten scheiterten, ist auch dem zu diesem Zeitpunkt schon recht vertrauensvollen Umgang Merkels mit Müntefering zuzuschreiben. Dieser informierte die designierte Bundeskanzlerin unverzüglich und vor der Öffentlichkeit über seine Entscheidung, so dass die Lage gemeinsam unter Kontrolle gehalten werden konnte.³¹ Noch am selben Abend fanden Sitzungen der großen Verhandlungsrunde sowie der ‚Sechserunde‘ wie geplant statt. Müntefering wie Stoiber behielten trotz dieser Entwicklungen ihre Vorsitze in den von ihnen geleiteten Arbeitsgruppen, was

zusätzlich für Kontinuität sorgte. Dagegen bestanden zwischen den Spitzenakteuren der 1983 bereits seit einigen Monaten amtierenden Koalition aus CDU, CSU und FDP trotz weitreichender inhaltlicher Übereinstimmungen eklatante Animositäten. So favorisierte nicht nur Kohl, der mit Strauß bereits um zwei Kanzlerkandidaturen ringen sowie die Umsetzung des ‚Kreuther Trennungsbeschlusses‘ von 1976 abwenden hatte müssen, sondern auch Genscher einen Verbleib des CSU-Vorsitzenden in München. Dieser wiederum hatte seiner Verachtung gegenüber den Liberalen sowie deren Parteiführung während der Oppositionsjahre so deutlich Ausdruck verliehen, dass sein persönliches Verhältnis zu Genscher – diesen hatte er erst 1978 als „armenische Mischung aus marokkanischem Teppichhändler, türkischem Rosinenhändler, griechischem Schiffsmakler und jüdischem Geldverleiher“³² bezeichnet – nie wieder ungetrübt genannt werden konnte.

3. Resultate: Ämterbesetzung und Programm

Personalfragen spielten in den Koalitionsverhandlungen im Rahmen der drei untersuchten Machtwechsel meist eine untergeordnete Rolle, da ein Großteil der Entscheidungen bezüglich der Besetzung der jeweiligen Kabinette bereits im Vorfeld der Verhandlungen getroffen worden war. Allgemein sind es nur wenige Akteure, welche letztendlich die künftigen Minister bestimmen. Diese Auswahl ist traditionell allein den jeweils betroffenen Parteien vorbehalten und nur in Ausnahmefällen Gegenstand parteiübergreifender Gespräche. Zusätzlich zu den Personalfragen bilden die Koalitionsverhandlungen auch das Forum, auf dem über die Verteilung der Ressorts zwischen den Koalitionsparteien sowie über den Zuschnitt der Häuser gesprochen wird. 1983 hing die Verteilung der Ministerposten stark vom Versprechen Kohls an die FDP ab, den Verlusten der Liberalen bei der Wahl vom 6. März 1983 bei der Regierungsbildung nicht Rechnung zu tragen. So erhielt die FDP drei Bundesministerien und war damit am Kabinetttisch nur drei Mal weniger stark vertreten als die CDU, die mehr als fünf Mal so viele Stimmen erhalten hatte (Rudzio 2002: 52 ff.). Auch durch die Aufnahme des Chefs des Bundeskanzleramts in das Kabinett sowie die Schaffung des Bundesumweltministeriums im Laufe der Legislaturperiode und durch die damit entstandenen zwei zusätzlichen Posten für die CDU konnte dieses Ungleichgewicht nicht vollständig ausgeglichen werden. Dagegen hatte Strauß durch seine offensive Forderung, Außen- oder Wirtschaftsminister werden

zu wollen, erreicht, dass der CSU, die allerdings auch deutlich mehr Stimmen als die FDP erhalten hatte, fünf Ministerien zugeschlagen wurden. Kohl hatte den Vorsitzenden seiner Schwesterpartei nach mehrtägigen Auseinandersetzungen, welche in ihrer Intensität die mit dem liberalen Koalitionspartner überstiegen, Strauß ein zusätzliches Ressort für die Christsozialen angeboten, falls dieser seinen Anspruch auf die der FDP versprochenen Schlüsselministerien fallen ließe. Nachdem vereinbart worden war, dass in diesen beiden Häusern je ein Staatssekretär aus den Unionsparteien angesiedelt werden sollte, ging der CSU-Chef schließlich auf den Vorschlag des Bundeskanzlers ein, wofür er sogar auf eine ihm angeblich angebotene Vizekanzlerschaft verzichtete.³³ Im Gegenzug dazu wurde allerdings der christsoziale Bundestagspräsident Richard Stücklen durch Rainer Barzel (CDU) abgelöst. Auch 1998 konnten Personalfragen bis zum Beginn der eilig aufgenommenen Koalitionsverhandlungen – Schröder sollte schon zum 27. Oktober gewählter Bundeskanzler sein, um an einem Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs teilnehmen zu können – nicht abschließend geklärt werden, da sich Teile von Bündnis '90/Die Grünen nicht mit den zwei beziehungsweise drei von der SPD zugestandenen Bundesministerien zufrieden geben wollten. Vor allem aus bereits dargelegten Proporzgründen wäre es für die Grünen tatsächlich hilfreich gewesen, über die von ihnen geforderten vier Ressorts zu verfügen. Bezüglich der innerparteilichen Ausgeglichenheit bei der Besetzung der Regierungsämter kann der Fall von 1998 trotzdem mustergültig genannt werden: Einerseits musste der kleine Koalitionspartner den Anliegen der Parteiflügel sowie seiner Frauenorganisation Rechnung tragen, denn bei den Grünen war – man denke nur an die Frauenquote sowie die lange gepflegten Traditionen der Ämterrotation und Doppelbesetzung – die Sensibilität für die innerparteiliche Ausgewogenheit besonders stark ausgeprägt. Andererseits wohnte der SPD aufgrund des Spannungsverhältnisses zwischen den beiden Lagern um Schröder und Lafontaine erhebliches Konfliktpotenzial inne. Schließlich wurden entsprechende Auseinandersetzungen unter anderem durch die Vergabe von Posten außerhalb des Bundeskabinetts beendet: Einerseits wurde den Bündnisgrünen als vierter bedeutender Posten der eines EU-Kommissars in Aussicht gestellt, so dass Proporzzwängen nachgekommen werden konnte. Andererseits sah sich Schröder bezüglich des Amtes des Bundestagsfraktionsvorsitzenden zu einem Machtwort gezwungen, um mit Peter Struck einen für beide Parteiflügel akzeptablen Kandidaten durchzusetzen, nachdem Lafontaine während der Abwesenheit des designierten Kanzlers den ihm loyalen Müntefering als Gegenkandidaten für Scharping ins Gespräch gebracht hatte.³⁴ Durch die Ernennung der Parlamentarischen Staatssekretäre wurde die Situation der Grünen

allerdings kaum verbessert, da sie hier mit fünf von 24 (21 Prozent) nur unwesentlich besser abschnitten als bei der Vergabe der Kabinettsposten (drei von 16; 19 Prozent). Im Gegensatz zu früheren Machtwechseln spielten Erwägungen bezüglich der nächsten Wahl des Bundespräsidenten in diesem wie den beiden anderen hier untersuchten Fällen keine Rolle – sowohl 1984 wie 1999 wurden Kandidaten der stärksten Regierungspartei gewählt; auch 2005 sind keine diesbezüglichen Absprachen getroffen worden.

Ein bedeutenderes Thema war 1998 dagegen die Aufteilung der einzelnen Ressorts. Während auf Seiten der SPD Müntefering nicht nur die Zuständigkeiten für Bau- und Wohnungswesen, sondern auch den Verkehr erhielt und somit zwei ehemalige Bundesministerien unter sich vereinte, wurden Lafontaines Forderungen nach der Schaffung eines neuen ‚Superministeriums‘ nur partiell erfüllt. So erhielt sein Finanzressort zwar tatsächlich einige Zuständigkeiten, die bisher dem Wirtschaftsministerium zugeordnet waren, was schließlich auch dazu beitrug, dass Schröders Kandidat für dieses Haus, der parteilose Jost Stollmann, nicht mehr für dieses Amt bereitstand.³⁵ Die Europaabteilung verblieb dagegen im den Grünen zugesprochenen Auswärtigen Amt, das diese auch gegen Begehrlichkeiten des Bundeskanzleramts zu verteidigen vermochte. Planungen, das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder dem Außenamt zuzuschlagen, wurden ebenfalls nicht realisiert. So konnte Heidemarie Wieczorek-Zeul als Vertreterin des linken Parteiflügels der SPD diesen Kabinettsposten besetzen. Im Verlauf des Machtwechsels von 2005 hatten sich die angehenden Koalitionäre bereits in den Vorverhandlungen nicht nur auf die künftige Bundeskanzlerin, sondern auch auf die genaue Verteilung der einzelnen Ressorts geeinigt, so dass Personalfragen keinen Gegenstand der Koalitionsverhandlungen bildeten.³⁶ Trotz der paritätischen Aufteilung der Kabinettsposten – die Union erhielt neben den Ämtern des Bundeskanzlers und des Kanzleramtsministers sechs Bundesministerien, während acht Fachressorts von Seiten der SPD geführt werden sollten – konnten die Spitzen beider Lager Vorteile der ihnen zugesprochenen Posten ausmachen, anhand derer sie den Erhalt dieser Ämter als Erfolge: So verwiesen CDU und CSU darauf, neben dem Bundeskanzleramt weitere besonders repräsentative (Innen, Verteidigung, Wirtschaft) und positiv konnotierte (Bildung, Familie, gegebenenfalls Wirtschaft) Regierungsämter zugesprochen bekommen zu haben, während die SPD behaupten konnte, Schlüsselressorts für die anstehenden Reformen (Arbeit, Gesundheit, Finanzen) erhalten zu haben, die außerdem über einen Großteil des Staatshaushalts (Arbeit, Gesundheit) verfügten. Darüber hinaus

stellten die Sozialdemokraten mit Peer Steinbrück erstmals seit 1966 einen Finanzminister, der nicht der Partei beziehungsweise der Schwesterpartei des Bundeskanzlers angehörte. Dynamik erreichten die Koalitionsverhandlungen für kurze Zeit durch die erwähnte Ankündigung des Verzichts Münteferings auf eine Wiederwahl als SPD-Vorsitzender und Stoibers damit begründeten Verzicht auf das Wirtschaftsministerium. Die Kompetenzen des schließlich rasch mit Michael Glos besetzten Hauses zu erweitern, war in den Koalitionsverhandlungen bis dahin ein herausragendes Anliegen der Union und insbesondere der CSU gewesen. Obwohl sich der damit zusammenhängende Konflikt hauptsächlich zwischen Stoiber und der designierten Forschungsministerin Annette Schavan abgespielt hatte, band er Kräfte der Union, die dieser bei der Behandlung von Sachthemen womöglich fehlten.³⁷ Trotzdem führte auch Stoibers Verärgerung über eine vermeintlich fehlende Unterstützung Merkels in dieser Angelegenheit dazu, dass dieser – wie auch Müntefering – noch während der Koalitionsverhandlungen die Richtlinienkompetenz der Bundeskanzlerin in Frage stellte.³⁸ Merkel äußerte sich dazu nicht öffentlich; ihre Position war zu dieser Zeit trotz ihrer bevorstehenden Wahl zur Bundeskanzlerin nicht vollständig gefestigt: So konnte sie aufgrund der geringen Zahl von der Union verfügbaren Bundesministerien und zusätzlich eingeschränkt durch die Mitsprache der CSU sowie die Entsendung der als ‚Horchposten‘ (Thaysen 2006b: 596) einflussreicher Ministerpräsidenten geltender Minister Jung (Hessen) und von der Leyen (Niedersachsen) nicht allen innerparteilichen Wünschen Rechnung tragen. Echte Wahlfreiheit verblieb ihr letztlich nur bezüglich dreier Ressorts, in die sie Schäuble, Schavan und überraschend De Maizière berief. Mit Horst Seehofer band sie einen scharfen unionsinternen Kritiker ihrer Politik in die Kabinettsdisziplin ein und stellte gleichzeitig den Arbeitnehmerflügel der Union zufrieden.³⁹ Dagegen registrierten Merkels nordrhein-westfälische Parteifreunde genau, dass sie – etwa im Gegensatz zum Landesverband Baden-Württemberg, der zwei Bundesminister sowie den Chef der Bundestagsfraktion stellt – keinen Vertreter an den Kabinetttisch entsenden durften.⁴⁰ Dem darauf folgenden Protest trat Merkel entgegen, indem sie diesen Landesverband bei der Besetzung der Staatssekretärsposten besonders bedachte.

Unter den verhandelten Inhalten kam den Bereichen Wirtschaft und Finanzen in allen drei untersuchten Fällen eine Sonderrolle zu. Während die ökonomische Situation Anfang der 1980er-Jahre sogar ein wesentlicher Grund für den Bruch der sozial-liberalen Koalition und damit auch eines der bestimmenden Themen im Vorfeld der

Neuwahlen von 1983 gewesen war, prägte sie – besonders vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosenzahlen – auch 1998 und 2005 die Diskussion. Daher überrascht es nicht, dass sich die Verhandlungsdelegationen jeweils demonstrativ am ersten Tag ihrer gemeinsamen Arbeit mit den Themen Wirtschaft und Konsolidierung der Staatsfinanzen beschäftigten. Die tatsächlichen Ergebnisse auf diesem Bereich blieben allerdings regelmäßig hinter den Erwartungen zurück und beschränkten sich auf Absichtserklärungen und Verweise auf Prüfungsvorbehalte. Schröders Ankündigung der Schaffung eines ‚Bündnisses für Arbeit‘ sowie die erklärte Bereitschaft, seine Regierungsleistung an der Senkung der Arbeitslosigkeit messen zu lassen, stellen hierbei noch vergleichsweise konkrete Aussagen dar, deren über inszenatorische Aspekte hinausgehender Wert allerdings nicht zu hoch eingeschätzt werden sollte.

Insbesondere die Koalitionspartner von 1983 blieben in ihrem Vertrag unter dem Motto ‚Den Aufschwung verstärken‘ bei der Formulierung ihrer Ziele auf nur sechs Seiten vage und beließen sich somit einigen politischen Handlungsspielraum für die Zukunft (Kohl 2005: 116). Dass die betroffenen Akteure damit aber gleichzeitig bewusst auf die Beseitigung von Konfliktpotenzial verzichteten, zeugt von einer breiten Vertrauensbasis zwischen den Koalitionären von Union und FDP. Offensichtlich fühlten sich die Liberalen, obwohl sie auf einzelnen Bereichen wie etwa der Justizpolitik deutliche inhaltliche Zugeständnisse machen mussten (Poguntke 1999:232), angemessen behandelt. Interessant erscheint vor diesem Hintergrund, dass sich bei der Veröffentlichung in den von den drei Generalsekretären formulierten Vertragstexten kleine Abweichungen zwischen den Parteien ergaben, wobei die die Rentenreform betreffenden Unterschiede jedoch schnell ausgeräumt werden konnten.⁴¹ Andererseits wurden auch unmittelbar bevorstehende Gesetzesvorhaben wie die innerhalb weniger Monate folgende Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung (1983) sowie die Senkung des Arbeitslosengeldes (1984) nicht im Vertrag aufgeführt.⁴² Das exakte Gegenstück dazu bildet der Koalitionsvertrag von 2005, der nicht nur das bisher umfassendste Dokument dieser Art darstellt und noch vor seiner Unterzeichnung veröffentlicht wurde, sondern auch bevorstehende Reformen detailliert, teilweise sogar inklusive des Datums der geplanten Implementierung benennt. Dieses Vorgehen stellt einen Reflex auf den vorangegangenen Wahlkampf dar, während dessen sich die Parteien, insbesondere die Union, auf ungewöhnlich viele Details festgelegt hatten. Der Wahlkampf von 1983 war dagegen weniger technisch als vielmehr ideologisch geprägt, so dass statt einzelner Politikmaßnahmen die großen Linien im Mittelpunkt standen. Dementsprechend musste

sich die bereits bestehende Regierungsmannschaft aus CDU, CSU und FDP musste sich nur auf eine grobe Linie einigen, welche die voraussichtlich lange gemeinsame Arbeit prägen und in ideologisch aufgeladenen Zeiten Zusammenhalt stiften sollte. Selbstverständlich war hierbei auch von Bedeutung, dass realistische Koalitionsoptionen nicht vorhanden waren, da sowohl Union als auch FDP auf lange Sicht nicht mit den Sozialdemokraten zu regieren erwogen. Dagegen waren Union und SPD 2005 aufgrund ihres enormen gegenseitigen Misstrauens darauf aus, so viele Reformvorhaben wie möglich bereits im Voraus auszuhandeln, um eine stabile gemeinsame Regierung zu ermöglichen. Diese Differenz schlug sich auch in den entsprechenden Regierungserklärungen nieder: Zwar widmete sich Kohl 1983 unter Verweis auf die schon im Vorjahr gesteckten Ziele auch konkreten Politikvorhaben (Dettling/Geske 2002: 230 f.); die Rede „entbehrte [allerdings] auch nicht symbolischer und identitätsstiftender Elemente“ (Stüwe 2005: 336), deren Verwendung den Vollzug der ‚geistig-moralische Wende‘ sowie die bevorstehende ‚Politik der Erneuerung‘ verdeutlichten. 2005 verblieb Merkel dagegen keine andere Möglichkeit, als sich vor dem Bundestag auf eine ‚Politik der kleinen Schritte‘ festzulegen; auch verzichtete sie darauf, vom Inhalt des Koalitionsvertrages wesentlich abzuweichen. Die Koalitionsverhandlungen von 1998 bildeten in dieser Hinsicht eine abgestufte Variante. Einerseits hatten SPD und Grüne trotz des Verzichts auf eindeutige Koalitionsaussagen einen klaren Lagerwahlkampf gegen das bürgerliche Regierungsbündnis geführt, wodurch das – auch aus diesem Grund als solches bezeichnete – ‚rot-grüne Projekt‘ eine gewisse ideologische Komponente erhielt. Auf der anderen Seite wurden die Verhandlungen zwischen den angehenden Partnern auch bezüglich zentraler Sachfragen durchaus hart geführt. Speziell radikale Wahlkampforderungen von Bündnis ‘90/Die Grünen sorgten hierbei für Konfliktpotenzial, da der kleine Koalitionspartner deren Preisgabe vor seiner Anhängerschaft nur schwer rechtfertigen konnte. Dagegen waren die Sozialdemokraten vor dem Hintergrund ihrer breiteren Wählerklientel sowie ihres stärker ausgeprägten ökonomischen Verantwortungsbewusstseins zumindest vorerst nicht bereit, etwa einen sofortigen Atomausstieg oder eine Anhebung der sogenannten ‚Ökosteuer‘ über sechs Pfennig pro Liter Benzin hinaus mitzutragen. Trotz ihrer starken Verhandlungsposition konnte sich die SPD allerdings nicht in allen Streitpunkten durchsetzen, weshalb einige Konflikte wie etwa der über die künftige Rentenpolitik vertagt werden mussten. Auch in der Regierungserklärung Schröders vom 10. November 1998 fand diese Ambiguität Ausdruck. Einerseits überhöhte er das neue Regierungsbündnis durch den Hinweis auf die Einmaligkeit der direkten, vollständigen

Abwahl einer bundesrepublikanischen Regierung und die Aufgabe, das Land „in das nächste Jahrtausend zu führen“ (Schröder 2002: 435) sowie eine ausführliche Würdigung der durch seine Wahl den „Marsch durch die Institutionen“ vollendenden 68er-Generation. Andererseits setzte Schröder, der schon im Wahlkampf angegeben hatte, „nicht alles anders, aber vieles besser“ (Schröder 2002: 436) machen zu wollen, nicht ausschließlich auf den Geist des Neuanfangs, sondern benannte, wie zum Beweis der Regierungsfähigkeit des neuen Bündnisses, exakte Details geplanter Vorhaben wie beispielsweise der Steuerreform.

Die Tatsache, dass 1998 erstmals die Schaffung eines Koalitionsausschusses in einem Koalitionsvertrag verankert wurde, zeigt – auch wenn hier der Wunsch nach Formalisierung und Transparenz entsprechender Abstimmungsrounden eine gewisse Rolle spielte – ebenfalls deutlich, dass SPD und Bündnis '90/Die Grünen durchaus weitere substanzielle Konflikte erwarteten. Auch 2005 legten CDU, CSU und SPD schriftlich fest, welche Spitzenakteure wie oft zu einer solchen Sitzung zusammenkommen sollten. Zwar bildeten sich auch nach 1983 rasch entsprechende Gremien zur koalitionsinternen Abstimmung heraus; sie institutionell zu verankern, hatten die Partner von Union und FDP allerdings nicht für nötig erachtet. Kropp und Sturm unterscheiden zwischen dem Koalitionsvertrag im Sinne eines (ideologischen) Grundsatzprogramms und einer Arbeitsgrundlage (1998: 102). Diese Differenzierung lässt sich auch hier anwenden. Die bereits erwähnte Unbestimmtheit vieler inhaltlicher Vereinbarungen mit der Union sowie die informalen koalitionsinternen Abstimmungsmechanismen belegen ein stärker ausgeprägtes gegenseitiges Vertrauen der Partner von 1983. Im Kontrast dazu bildet vor allem der beinahe technisch anmutende Koalitionsvertrag von 2005 mit dem Titel ‚Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit‘ nur eine Arbeitsgrundlage zur Umsetzung von genau festgelegten Politikvorhaben innerhalb von vier Jahren. Auch SPD und Grüne legten sowohl auf das Ethos des 1998 von ihnen vollzogenen Machtwechsels sowie auf die Tatsache großen Wert, dass eine einzige Legislaturperiode nicht zur Umsetzung ihrer gesamten Ziele ausreichen werde. Deswegen lässt sich auch dieser Vertrag eher als Grundsatzprogramm charakterisieren. Möglicherweise wurden radikale Formulierungen auch deswegen gemieden, da einige führende Sozialdemokraten andere Regierungsbündnisse für nicht außerhalb des Möglichen erachteten, weshalb sie vor dem Hintergrund der Bedingungen des im Vergleich zu 1983 komplexeren Parteiensystems keine Option ausschließen wollten.

Dennoch wurde die Unterzeichnung des Koalitionsvertrags von 1998 mit dem altsozialdemokratischen Titel ‚Aufbruch und Erneuerung‘ in einem bis dahin unbekanntem Ausmaß inszeniert. Diese wurde von Schröder, Lafontaine und den beiden designierten SPD-Ministerinnen Bergmann und Wieczorek-Zeul sowie von Fischer, Trittin, Röstel und Müller in der nordrhein-westfälischen Landesvertretung öffentlich vollzogen und mit Champagner und Blumen gefeiert.⁴³ Dass dies geschah, bevor die dazu einberufenen Sonderparteitage der beiden Koalitionspartner am 23. beziehungsweise 25. Oktober 1998 über das Papier befinden sollten, kann als Zeichen der Unsicherheit gewertet werden. Möglicherweise sollte dieses Signal der Geschlossenheit und des Aufbruchs – die 500 SPD-Vertreter sprachen sich schließlich mit nur einer Gegenstimme bei drei Enthaltungen noch deutlicher für das Dokument aus als die 700 grünen Parteitagsdelegierten, deren Zustimmung über 90 Prozent betrug⁴⁴ – die Entscheidung der Delegierten beeinflussen. Die Koalitionsvereinbarung von 1983 auf Parteitag verabschieden zu lassen, hielten die Spitzen von CDU, CSU und FDP offensichtlich nicht für notwendig; vielmehr stimmten in der Woche vom 21. März 1983 lediglich die drei Parteivorstände sowie die Bundestagsfraktionen beziehungsweise die CSU-Landesgruppe dem Dokument zu, bevor es am 24. März 1983 den Medien offiziell vorgestellt wurde (Bohnsack 1983b: 480). 2005 wiederum signierten Merkel, Stoiber und Glos sowie Platzeck, Müntefering und die stellvertretende SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Elke Ferner den Koalitionsvertrag am 14. November 2005 erst nach dessen einmütiger Annahme durch die drei Parteitage. Im Vorfeld war das Dokument durch den SPD-Parteivorstand sowie die Unionsbundestagsfraktion zur Annahme empfohlen worden, wodurch das in dieser Situation sicherlich ernsthafte Anliegen der Parteispitzen zum Ausdruck kam, jede zur Erhöhung der Disziplin der Parteitagsdelegierten geeignete Maßnahme zu ergreifen. Im Sinne einer durch die große Koalition inszenierte neue Ernsthaftigkeit fiel die Präsentation des Koalitionsvertrages 2005 außerdem deutlich bescheidener aus: Beim entsprechenden Empfang im Paul-Löbe-Haus des Bundestages stießen die Unterzeichner des Vertrags mit Wasser an; nur Edmund Stoiber griff zu Sekt.⁴⁵ Diese Nüchternheit schlug sich auch im Ergebnis der Kanzlerwahl in der Volksvertretung nieder: Auch wenn diese Zahl für eine große Koalition nicht ungewöhnlich ist, versagten der Kanzlerin doch 51 Angehörige der Regierungsfaktionen, aus deren Reihen zwei abwesend waren, ihre Zustimmung, was die zu diesem Zeitpunkt weit verbreitete Unzufriedenheit mit dem unfreiwilligen Regierungsbündnis verdeutlicht.

Kohl hingegen fehlten sieben Stimmen, obwohl die Regierungsfractionen komplett anwesend waren. Nach der langen Oppositionszeit der Union sind diese Gegenstimmen wohl eher dem linken Parteiflügel der FDP zuzuordnen. Dennoch ist dies auch im historischen Vergleich, insbesondere mit den Bundeskanzlern aus Reihen der SPD, ein hoher Zustimmungsgang. Schröder erhielt sogar sieben Stimmen mehr, als die Fraktionen von SPD und Grünen – unter Berücksichtigung eines fehlenden Abgeordneten – an Stimmen aufbringen konnten (Thaysen 2006a: 477). Diese stammten laut Parteivorstand Wolfgang Gehrke aus den Reihen der PDS.⁴⁶

IV. Ergebnis: Machtverteilung und Identitätsbildung

Trotz des Erfolgs der jeweiligen Regierungsbildungen unterscheiden sich die Koalitionsverhandlungen von 1983, 1998 und 2005 grundsätzlich. Vor dem Hintergrund divergenter Ausgangslagen nehmen sie im Verlauf der drei Machtwechsel ebenso verschiedene Funktionen ein: 1983 erfüllten sie bei der Erneuerung eines bereits bestehenden Regierungsbündnisses hauptsächlich funktionale Notwendigkeiten und verliefen – abgesehen von einigen insbesondere persönlich geprägten Auseinandersetzungen – weitestgehend konfliktfrei. In den beiden folgenden Fällen dagegen, als die Wahlprogramme der Koalitionäre nicht so stark aufeinander abgestimmt und die Zusammenarbeit der Akteure noch nicht erprobt waren, spielten die Aspekte Vertrauensbildung auf der einen Seite und Machtverteilung auf der anderen Seite eine wesentliche Rolle in der Zeit zwischen Bundestags- und Kanzlerwahl.

Zahlreiche Akteure verschiedener Parteien bringen unterschiedlichste Kalküle in Koalitionsverhandlungen ein. Deshalb lassen sich bezüglich der untersuchten Fälle prägnante Unterscheidungen treffen: 1983 stand die Bildung einer christ-liberalen Koalition niemals in Frage. Kurze Zeit nach dem vor allem aus Sicht der Liberalen riskanten konstruktiven Misstrauensvotum sowie der gemeinsamen Durchführung einer ‚unechten Vertrauensfrage‘ und deutlich aufeinander abgestimmter Wahlkämpfe waren die Regierungspartner von Union und FDP stark aufeinander angewiesen. Nachdem auch das Wahlergebnis keine andere politisch durchsetzbare Option bot, einigte man sich rasch auf die Aufnahme von Koalitionsgesprächen. Konfliktlinien verliefen dabei hauptsächlich zwischen den kleinen Koalitionsparteien CSU und FDP, wodurch der Einfluss Kohls, der seinen vorher gegebenen Zusagen und seinem persönlichen Verhältnis zu Strauß entsprechend tendenziell die Liberalen gegen die Christsozialen in

Schutz nahm, zusätzlich anwuchs. Auch das übersichtliche und konstante Verhandlungsformat – in die Gruppe der zwölf Unterhändler wurden nur vereinzelt, wenn auch häufiger als bei früheren Koalitionsverhandlungen (Schüttemeyer 1999: 92), Experten hinzugezogen – sowie das Ausbleiben von innerparteilichen Auseinandersetzungen trugen wohl dazu bei, dass die Koalitionsverhandlungen von 1983 einmalig schnell beendet werden konnten. Die vagen Formulierungen des kurzen Koalitionsvertrags deuten außerdem auf ein hohes gegenseitiges Vertrauen zwischen Union und FPD hin; eine lange gemeinsame Regierungszeit vor Augen, trauten es sich die Partner zu, einzelne Sachfragen im Verlauf der Legislaturperiode gütlich zu lösen. Nachdem sich der linke Flügel der FDP abgewandt oder mit der neuen Konstellation arrangiert hatte, und bereits ein eher von großen mit der Union geteilten Linien geprägter Wahlkampf geführt worden war, stand der Arbeit an der ‚geistig-moralischen Wende‘ nichts mehr im Weg.

Obwohl das 1998 gebildete Regierungsbündnis von Sozialdemokraten und Bündnisgrünen nicht selten als ‚rot-grünes Projekt‘ bezeichnet wurde, ist festzustellen, dass der Charakter der damals gebildeten Koalition hinsichtlich des gegenseitigen Vertrauens sowie inhaltlicher Übereinstimmungen nicht die Qualität des schwarz-gelben Bündnisses von 1983 erreichte. Bereits im Wahlkampf hatten SPD und Grüne auf Koalitionsaussagen sowie gemeinsame Auftritte prominenter Vertreter verzichtet. Auch die Koalitionsverhandlungen verliefen trotz ihrer geringen Dauer nicht so einvernehmlich wie fünfzehn Jahre zuvor. Dabei wirkte sich insbesondere das Ungleichgewicht zwischen den beiden Partnern negativ auf das Verhandlungsklima aus: Schröder, dessen SPD die Zahl ihrer Bundestagsmandate fast um ein Fünftel steigern hatte können, verzichtete darauf, den Grünen, die sogar Stimmenverluste hatten hinnehmen müssen und zumindest theoretisch gegen andere Koalitionspartner austauschbar gewesen wären, das Gefühl einer ernsthaften Partnerschaft zu vermitteln. Seine hauptsächliche Aufmerksamkeit galt – ähnlich dem Fall Kohls und Strauß‘ 1983 – vielmehr dem innerparteilichen Rivalen Lafontaine. Rasch wurde klar, dass die Bündnisgrünen, im Vergleich mit den kleinen Koalitionspartnern in den anderen beiden Fällen die machtloseste der verhandelnden Parteien, wenig Einfluss auf sachpolitische Fragen nehmen können sollten, weswegen sich diese bald durch Erfolge bezüglich Personalfragen zu profilieren versuchten. Trotzdem wurden auch inhaltliche Aspekte so intensiv diskutiert, dass erstmals in Koalitionsverhandlungen politikfeldspezifische Arbeitsgruppen eingesetzt wurden. Außerdem sahen sich die angehenden

Regierungspartner veranlasst, einen Koalitionsausschuss durch Verankerung im Vertrag zu institutionalisieren, was ebenfalls ein Novum darstellte. Die demonstrative Inszenierung des Machtwechsels durch die öffentliche Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung ließ sich Rot-Grün dennoch nicht nehmen.

Bei der großen Koalition von 2005 handelt es sich dagegen um eine einzig vom Wähler erzwungene Konstellation. Nach einem unerbittlich geführten Lagerwahlkampf dauerte es so lange wie nie zuvor, bis offizielle Koalitionsverhandlungen aufgenommen wurden, die außerdem stark von der Forderung der SPD nach einer Behandlung als Partner ‚auf Augenhöhe‘ geprägt waren. Doch auch nach Aufnahme der Gespräche zur Regierungsbildung entstand kein mit 1983 oder 1998 vergleichbares Verhältnis zwischen den angehenden Koalitionären, da allen Beteiligten bewusst war, dass es sich hierbei nur um ein Bündnis auf Zeit handeln sollte. Dementsprechend spielte die Positionierung hinsichtlich der folgenden Bundestagswahl für Union und SPD bereits zu diesem Zeitpunkt eine wichtige Rolle. Hinzu kamen für eine große Koalition spezifische Konfliktursachen, die etwa aus der Tatsache resultierten, dass der ‚kleinere‘ Koalitionspartner nur in einer solchen Konstellation mit dem ‚größeren‘ Partner um das Kanzleramt rivalisiert und daher ein Interesse daran hat, die Kompetenz des angehenden Regierungschefs grundsätzlich in Frage zu stellen. Merkel, deren Stellung aufgrund des enttäuschenden Wahlergebnisses der Union auch parteiintern nicht unumstritten war, gelang es durch eine Strategie der öffentlichen Zurückhaltung bei gleichzeitiger inhaltlicher Flexibilität sowie Risikobereitschaft trotzdem, ein tragfähiges Bündnis zu schmieden und ihre Position zu stabilisieren. Unter Mitarbeit von rund 190 politischen Akteuren kam schließlich der mit Abstand längste Koalitionsvertrag der bundesrepublikanischen Geschichte zustande: Nach der Markierung und Vertagung zahlreicher Konflikte hatte man sich – trotz beiden Seiten unangenehmer Zugeständnisse – auf einen für alle Beteiligten tragbaren, minutiösen Regierungsfahrplan geeinigt, der allerdings jeder ideologischen Bindewirkung entbehrte. Im Sinne einer neuen Sachlichkeit, die auch Merkels Regierungserklärung prägte, wurde bei der Besiegelung des neuen Vertrags auf jede aufwändige Inszenierung verzichtet.

Die Koalitionsverhandlungen im Verlauf der Machtwechsel von 1982/83, 1998 und 2005 wiesen also jeweils eine ihnen eigentümliche Charakteristik auf. Sowohl der wechselseitige Umgang der angehenden Koalitionäre und die innerparteiliche

Geschlossenheit als auch die öffentliche Darstellung und Inszenierung dieses bedeutenden Prozesses zwischen Wahltag und Kanzlerwahl fiel in den drei untersuchten Fällen je verschieden aus, wobei diese Unterschiede bereits vor dem Antritt der neuen Regierung Schlüsse auf den weiteren Verlauf der Zusammenarbeit erlaubten. Vor dem Hintergrund der divergenten Ausgangslagen und Sachzwänge bildeten sich bereits in der ersten gemeinsamen Arbeitsphase der beteiligten Spitzenakteure Modi der Machtverteilung und des gegenseitigen Umgangs heraus, die das Wesen der künftigen Koalitionen prägten.

Literatur:

Bergmann, Kristin, 1999: Regierungsbildung 1998: Dokumentation der Koalitionsverhandlungen, in: ZParl, B 30 (2), 316-325.

Bohnsack, Klaus, 1983a: Die Koalitionskrise 1981/1982 und der Regierungswechsel 1982, in: ZParl, B 14 (1), 5-32.

Bohnsack, Klaus, 1983b: Regierungsbildung und Oppositionsformierung 1983, in: ZParl, B 14 (4), 476-486.

De Winter, Lieven, 2002: Parties and Government Formation, Portfolio Allocation, and Policy Definition, in: Kurt Richard Luther/Ferdinand Müller-Rommel (Hrsg.), Political Parties in the New Europe, Political and Analytical Challenges, Oxford, 171-206.

Derlien, Hans-Ulrich, 2001: Personalpolitik nach Regierungswechseln, in: ders./ Axel Murswieck (Hrsg.), Regieren nach Wahlen, Opladen, 39-57.

Detting, Benedikt/Geske, Michael, 2002: Helmut Kohl: Krise und Erneuerung, in: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Das Wort hat der Bundeskanzler – Eine Analyse der Grossen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden, 217-245.

Dexheimer, Wolfgang, 1973: Koalitionsverhandlungen in Bonn, Zur Willensbildung bei Regierungsneubildungen in den Jahren 1961, 1965 und 1969, Bonn.

Egle, Christoph/Ostheim, Tobias/Zohlnhöfer, Reimut, 2003: Einführung: Eine Topographie des rot-grünen Projekts, in: dies. (Hrsg.), Das rot-grüne Projekt, Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998-2002, Wiesbaden, 9-25.

Egle, Christoph/Zohlnhöfer, Reimut, 2007: Projekt oder Episode – was bleibt von Rot-Grün?, in: dies. (Hrsg.), Ende des rot-grünen Projektes, Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005, Wiesbaden, 511-535.

Kohl, Helmut, 2005: Erinnerungen 1982-1990. München.

Kropp, Sabine/Sturm, Roland, 1998: Koalitionen und Koalitionsvereinbarungen, Theorie, Analyse und Dokumentation, Opladen.

Kropp, Sabine, 1999: Strategisches Koalitionshandeln und Koalitionstheorien, Konzeptionelle Überlegungen zur Untersuchung von Konflikt und Konsensbildung in Koalitionen, in: Roland Sturm/ Sabine Kropp (Hrsg.), Hinter den Kulissen von Regierungsbündnissen, Koalitionspolitik in Bund, Ländern und Gemeinden (= Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung, B 19). Baden-Baden, 44-80.

Kropp, Sabine, 2001: Koalitionsverhandlungen nach Wahlen, Akteure, Strukturen, Programme, in: Hans-Ulrich Derlien/Axel Murswieck (Hrsg.), Regieren nach Wahlen, Opladen, 59-83.

Müller, Wolfgang/Strøm, Kaare (Hrsg.), 2003: Coalition governments in Western Europe, Oxford.

Pappi, Franz Urban/Herzog, Alexander/Schmitt, Ralf, 2006: Koalitionssignale und die Kombination von Erst- und Zweitstimme bei den Bundestagswahlen 1953 bis 2005, in: ZParl, B 37 (3), 493-513.

Poguntke, Thomas, 1999: Winner Takes All: The FDP in 1982-83: Maximizing Votes, Office and Policy?, in: Wolfgang Müller/ Kaare Strøm (Hrsg.), Policy, Office or Votes? How Political Parties in Western Europe Make Hard Decisions, Cambridge.

Rattinger, Hans/Juhasz, Zoltan, 2006: Die Bundestagswahl 2005, Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager (= aktuelle Analysen der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, 41), München.

Rudzio, Wolfgang, 2002: Koalitionen in Deutschland: Flexibilität informellen Regierens, in: Sabine Kropp/ Suzanne Schüttemeyer/Roland Sturm (Hrsg.), Koalitionen in West- und Osteuropa, Opladen, 42-67.

Saalfeld, Thomas, 2007a: Koalitionsstabilität in 15 europäischen Demokratien von 1945 bis 1999: Transaktionskosten und Koalitionsmanagement, in: ZParl, B 38 (1), 180-206.

Saalfeld, Thomas, 2007b: Parteien und Wahlen (= Studienkurs Politikwissenschaft). Baden-Baden.

Schreckenberger, Waldemar, 1994: Informelle Verfahren der Entscheidungsvorbereitung zwischen der Bundesregierung und den Mehrheitsfraktionen: Koalitionsgespräche und Koalitionsrunden, in: ZParl, B 25 (3), 329-346.

Schröder, Gerhard, 2002: Regierungserklärung vom 10. November 1998, in: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Das Wort hat der Bundeskanzler – Eine Analyse der Grossen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden, 435-467.

Schüttmeyer, Suzanne, 1999: Koalitionsbildungen im Bund: Sache der Parteien?, in: Roland Sturm/ Sabine Kropp (Hrsg.), Hinter den Kulissen von Regierungsbündnissen. Koalitionspolitik in Bund, Ländern und Gemeinden (= Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung, B 19). Baden-Baden, 81-95.

Stüwe, Klaus, 2005: Die Rede des Kanzlers, Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden.

Stüwe, Klaus, 2006: Informales Regieren bei Kohl und Schröder im Vergleich, in: ZParl, B 37 (3), 544-559.

Thaysen, Uwe, 2006a: Regierungsbildung in der Bundesrepublik Deutschland: Daten zum Start der Regierung Merkel 2005/2006, in: ZParl, B37 (3), 470-480.

Thaysen, Uwe, 2006b: Regierungsbildung 2005: Merkel, Merkel I, Merkel II?, in: ZParl, B37 (3), S. 582-610.

Weber, Harald, 1967: Der Koalitionsvertrag, Überarbeitet von Franz Hubert Timmermann, Bonn.

Weidenfeld, Werner, 1999: Zeitenwechsel, Von Kohl zu Schröder, Stuttgart.

Zierold, Kay, 2004: Der Bruch der sozial-liberalen Koalition, Eine Analyse des Zerfallsprozesses anhand des „multi-dimensional framework“ von Geoffrey Pridham (= Politische Studien, B 8), Herbolzheim.

Endnoten:

¹ Wahl '05, Berliner Runde, ARD und ZDF, 18.09.05, 20.15 Uhr,
<http://www.tagesschau.de/video/0,1315,OID6084872,00.html> (Stand: 31.05.07).

² Auf Kohl entfielen – bei 235 Gegenstimmen und vier Enthaltungen – 223 Stimmen der Union sowie 33 Stimmen der FDP.

³ Wahlbeteiligung: 77,7%; SPD: 34,2% (222 Bundestagsmandate); CDU: 27,8% (180); FDP: 9,8% (61); Die Linke.: 8,7% (54); Bündnis '90/Die Grünen: 8,1% (51); CSU: 7,4% (46).
www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahl2005/ergebnisse/bundesergebnisse/b_tabelle_99.html.

⁴ Merkel bleibt nur die große Koalition, Süddeutsche Zeitung, 24.09.05, S. 1.

⁵ Immer wieder montags, Süddeutsche Zeitung, 17.10.05, S. 2.

⁶ Wahlbeteiligung: 89,1%; CDU: 38,2% (191 Bundestagsmandate); SPD: 38,2% (193); CSU: 10,6% (53); FDP: 7,0% (34); Die Grünen: 5,6% (27).
<http://www.bundeswahlleiter.de/wahlen/ergebalt/d/t/bt-int83.htm>.

⁷ Ernster Konflikt zwischen Union und FDP über die Rückzahlung der Investitionsanleihe, Süddeutsche Zeitung, 09.03.83, S. 1 f..

⁸ a.a.O..

⁹ Strauß verlangt von Kohl ein Angebot zur Mitarbeit in der Bundesregierung, Süddeutsche Zeitung, 15.03.83, S. 1.

¹⁰ Wahlbeteiligung: 82,3%; SPD: 40,9% (298 Bundestagsmandate); CDU: 28,4% (198); CSU: 6,7% (47); Bündnis '90/Die Grünen: 6,7% (47); FDP: 6,2% (43); PDS: 5,1% (36).
<http://www.bundeswahlleiter.de/ergeb98>.

¹¹ Schröder will zügige Verhandlungen mit den Grünen, CDU wählt am 7. November den Nachfolger Kohls, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.09.98, S. 1 f..

¹² a.a.O..

¹³ Hombach und Naumann als Minister im Kanzleramt vorgesehen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.10.98, S. 2.

¹⁴ Schröder soll am 27. Oktober zum Bundeskanzler gewählt werden, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.10.98, S. 1 f..

¹⁵ Merkel warnt vor ‚Schnellschuss‘, Die Welt, 24.10.05, S. 2.

¹⁶ Merkel bestätigt, Fischer wartet ab, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.09.05, S. 1 f..

¹⁷ Die Grünen verlangen vier Ministerien, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.09.98, S. 1 f.; Schröder soll am 27. Oktober zum Bundeskanzler gewählt werden, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.10.98, S. 1 f. und Schröder trifft Chirac und Jospin, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.10.98, S. 1.

¹⁸ Überwältigende Mehrheiten bei den Grünen und bei der SPD für die Koalitionsvereinbarungen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.10.98, S. 1 f..

¹⁹ ‚Definitiv‘, Schröder zieht sich zurück, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.10.05, S. 1 f..

²⁰ Zwischen 14.-17. März 1983 fanden Verhandlungen zwischen CDU und CSU statt. Obwohl hierbei ernsthaft um personelle und inhaltliche Fragen gerungen wurde, wird dieser Zeitraum im vorliegenden Beitrag weder den zu diesem Zeitpunkt abgeschlossenen Sondierungsgesprächen noch den offiziellen Koalitionsgesprächen zugerechnet, da nicht alle Koalitionsparteien beteiligt waren.

²¹ Stoiber entscheidet sich gegen Glos, Die Welt, 17.10.05, S. 2; sowie Kanzlerwahl am 22. November, Die Welt, 26.10.05, S. 2.

²² Dies waren: Alfred Dregger, Heiner Geißler, Helmut Kohl, Gerhard Stoltenberg für die CDU; Edmund Stoiber, Franz-Josef Strauß, Theo Weigel, Friedrich Zimmermann für die CSU; Irmgard Adam-Schwaetzer, Hans-Dietrich Genscher, Otto Graf von Lambsdorff, Wolfgang Mischnick für die FDP.

²³ Dies waren: Christine Bergmann, Hertha Däubler-Gmelin, Rudolf Dreßler, Oskar Lafontaine, Ulrich Maurer, Franz Müntefering, Johannes Rau, Rudolf Scharping, Renate Schmidt, Gerhard Schröder, Wolfgang Thierse, Inge Wettig-Danielmeier, Heidemarie Wieczorek-Zeul sowie abwechselnd Wolfgang Clement und Walter Riester für die SPD; Joschka Fischer, Fritz Kuhn, Jürgen Trittin, Werner Schulz, Bärbel Höhn, Renate Künast, Gunda Röstel, Kerstin Müller, Antje Vollmer, Ludger Volmer, Heide Rühle und Dietmar Strehl für Bündnis 90/Die Grünen.

²⁴ Dabei handelte es sich um Merkel, die Ministerpräsidenten Christian Wulff, Roland Koch, Jürgen Rüttgers, Peter Müller, Dieter Althaus, den Unionsfraktionsgeschäftsführer Norbert Röttgen, die Vizefraktionschefs Wolfgang Schäuble, Michael Meister und Ronald Pofalla, die Bundestagsabgeordneten Annette Schavan und Maria Böhmer sowie Stoiber, seinem Stellvertreter Horst Seehofer, den CSU-Landesgruppenchef Michael Glos und den CSU-Generalsekretär Markus Söder sowie für die SPD Schröder, Müntefering, die designierten Bundesminister Steinmeier, Steinbrück, Schmidt, Zypries, Tiefensee, Gabriel und Wieczorek-Zeul, den Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse, das Präsidiumsmitglied Andrea Nahles, den Vizefraktionschef Ludwig Stiegler, die scheidenden Bundesminister Renate Schmidt, Edelgard Buhman und Peter Struck sowie im Wechsel einen SPD-Ministerpräsidenten. Die Steuerungsgruppe bildeten der designierte Unionsfraktionschef Volker Kauder und der Chef der bayerischen Staatskanzlei, Erwin Huber, sowie der SPD-Fraktionsgeschäftsführer Olaf Scholz und der Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokraten, Kajo Wasserhövel.

²⁵ Bis kurz vor Einsetzung der Arbeitsgruppen am 17. Oktober 2005 war noch nicht klar, dass dieser Weg gewählt werden sollte (Murren über Merkels Liste, Die Welt, 18.10.05, S. 4).

²⁶ Zur Berechnung der Verhandlungsdauer wird der Zeitraum von dem Tag nach der Wahl bis zum Tag der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages, wonach der zwischenparteiliche Prozess abgeschlossen ist, angesehen. Die oftmals mitgerechnete Zeit bis zur Kanzlerwahl scheint hier wenig aussagekräftig, weil diese Phase nur dazu dient, die Ergebnisse auf Parteitag formal beschließen zu lassen.

²⁷ Kohl gibt seine Kabinettsliste bekannt, Süddeutsche Zeitung, 29.03.83, S. 1.

²⁸ Fischer will im Auswärtigen Amt nicht nur ein Grüßonkel sein, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.10.98, S. 1 f..

²⁹ Schröder will zügige Verhandlungen mit den Grünen, CDU wählt am 7. November den Nachfolger Kohls, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.09.98, S. 1 f..

³⁰ Immer wieder montags, Süddeutsche Zeitung, 17.10.05, S. 2.

³¹ Müntefering verliert und tritt ab, Stoiber erwägt Rückzug aus Berlin, Die Welt, 01.11.05, S. 1.

³² Zitat des Tages, BILD, 24.01.78, S. 2.

³³ ‚Ich hätte Vizekanzler sein können...‘, Der Spiegel, 13/1983, S. 23-27.

³⁴ Machtkampf in der SPD um das Amt des Fraktionsvorsitzenden, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.10.98, S. 1 f. und Schröder schlichtet den Personalstreit in der SPD, Scharping, Lafontaine, Müntefering ins Kabinett, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.10.98, S. 1 f..

³⁵ Stollmann verzichtet - Schröder und Lafontaine beschwören freundschaftlichen Umgang, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.10.98, S. 1 f..

³⁶ SPD und Union einig: Merkel wird Kanzlerin, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.10.05, S. 1 f..

³⁷ Schavan beharrt auf ‚Forschungsministerium‘, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.10.05, S. 1 f..

³⁸ Richtlinienkompetenz unter gleich starken, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.10.05, S. 1.

³⁹ Das Kabinett steht, Merkel akzeptiert Seehofer, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.10.05, S. 1 f.

⁴⁰ Rüttgers enttäuscht von Angela Merkel, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.10.05, S. 4.

⁴¹ Differenzen über die Rentenpolitik,, Süddeutsche Zeitung, 25.03.83, S. 1 f..

⁴² Den Aufschwung verstärken, Süddeutsche Zeitung, 25.03.83, S. 2.

⁴³ SPD und Grüne wollen im Geist von Fairneß und Partnerschaft zusammenarbeiten, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.10.98, S. 1 f..

⁴⁴ Überwältigende Mehrheiten bei den Grünen und bei der SPD für die Koalitionsvereinbarungen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.10.98, S. 1 f..

⁴⁵ Eine Amtshandlung. Wasser. Und weiter, Die Welt, 19. 11.05, S. 3.

⁴⁶ ‚Schröder erhielt 1998 PDS-Stimmen‘, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.09.05, S. 2.